# Volksstimme

**Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.**

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

**Nr. 43. Halle, Freitag den 20. Juli 1917. 1. Jahrgang.**


# Wenn die Masken fallen...

Wenn der japanische Samurai der alten Zeit seinen krummen Säbel anschnallte, um in den Krieg zu ziehen, bedeckte er sein Gesicht mit einer Maske. Furchtbar drohend und kriegslustig sah diese Maske in ihrer starren Unbeweglichkeit aus. Sie sollte dem Feinde Furcht einflößen und ihn nicht ahnen lassen, daß sich hinter jener schreckenerregenden Außenseite ein Menschenantlitz barg, in dem sich alle Gefühle des Körpers wie der Seele, Schmerz und Furcht, widerspiegelten.

Auch in diesem Weltkrieg haben alle Völker die japanische Maske angelegt. Aber die Technik hat sich unendlich verfeinert und kompliziert. An die Stelle der täuschenden Hülle, die das Gesicht der einzelnen verbirgt, ist der Apparat der öffentlichen Meinung getreten. Parlamentsreden, Parlamentsbeschlüsse, Zeitungsartikel sind oder sollen wenigstens nach den Wünschen der Kriegspolitiker nichts andres sein als ein einzige ungeheure Maske der Kriegslust und Kampffreudigkeit, die nichts von den Leiden der Kämpfenden und von ihrer tiefen Friedenssehnsucht ahnen läßt.

Die Vertreter der großen Reichstagsparteien haben nun

**diese Maske abgelegt.**

Das Friedensprogramm, das sie dem Reichstag unterbreiten, macht der trügerischen Vorstellung ein Ende, als ob zwischen Maas und Memel ein Volk wohne, das den Krieg liebe und an nichts andres denke als daran, seine Nachbarn zu überwältigen und zu Boden zu werfen. Die Samurai-Maske ist gefallen und die Welt blickt in das Antlitz eines Volkes, das nicht frei von Schmerz und Sorge ist und das ein Ende des Kampfes herbeisehnt.

Unsre Kriegspolitiker toben. Aber größer noch als ihr Zorn ist ihr Unverstand. In militärischem Kommandoton wollen sie dem Reichstag befehlen, die gefallene Maske wieder aufzuheben und sie schleunigst wieder vorzunehmen. Als ob das etwas hülfe! Wir sind erkannt! Die Vorbereitung und Veröffentlichung des Friedensprogramms kann eine weltgeschichtliche Segenstat oder eine riesengroße Dummheit gewesen sein — gleichviel!, sie ist auf alle Fälle eine vollzogene geschichtliche Tatsache. Dieses Programm ist vereinbart worden von Vertretern einer Parteigruppierung, die über die Mehrheit aller Reichstagssitze verfügt. Ueber den Beschluß ihrer Vertreter haben dann die Fraktionen abgestimmt: Die Sozialdemokraten waren einstimmig für ihn, die Fortschrittler gegen zwei Stimmen, die Zentrumsleute gegen drei. Es ist weiter bekannt, daß ein starker Bruchteil auch der Nationalliberalen Partei und selbst einige Abgeordnete der ganz rechts stehenden Deutschen Fraktion geneigt waren, diesem Beschluß zuzustimmen und daß es einer terroristischen Agitation bedurft hat, um sie von ihrem Vorhaben zurückzuschrecken.

Das alles weiß das feindliche Ausland. Es weiß, daß die große Mehrheit des Reichstags, die erdrückende Mehrheit des Volkes mit ihrer Gesinnung

**hinter diesem Beschluß steht.**

Was würde es also bedeuten, wenn es den Kriegstreibern gelänge, die Abstimmung über diese Resolution zu verhindern oder sie zu einem negativen Ergebnis zu verurteilen? Das würde gar nichts andres bedeuten, als daß der Reichstag in einem unbewachten Augenblick unvorsichtig genug war, seine wahre Gesinnung zu zeigen, daß er letzten Endes aber doch zu feig gewesen ist, sich öffentlich zu ihr zu bekennen.

Was sich heute noch gegen die Annahme des Friedensprogramms auflehnt, ist weiter nichts als hirnlose Rechthaberei. Solange der Wortlaut des Friedensprogramms unbekannt war, solange unbekannt war, daß sich die große Mehrheit der Reichstagsabgeordneten zu ihm bekennt und sich für ihn in Fraktionsabstimmungen festgelegt hatte, so lange konnte der Versuch, eine Beschlußfassung im Reichstag zu verhindern, noch einen Sinn haben. Jetzt hat er gewiß keinen Sinn mehr. Denn unsre Gegner haben nun einmal doch unser Gesicht gesehen, und wenn wir uns noch einmal die gefallene Maske vorbinden, so werden wir ob solcher Kopflosigkeit

**von der ganzen Welt verlacht**

werden und keinem einzigen Gegner damit imponieren.

Jetzt gibt es nur noch eine Politik, und das ist nicht die Politik der Maske, sondern die des wahren Gesichts. Die erste war die Politik des Krieges, die zweite ist und kann nur sein die Politik des Friedens. Indem wir unsern Wunsch, das Völkergemetzel unter Wahrung unsers Besitzstandes und unsrer Würde zu beenden, so laut wie möglich ausdrücken, müssen wir gleichgerichtete Strömungen unter den andern Völkern wecken und stärken, bis sie sich mit der unsern zu einem einzigen Strome der großen Völkerfriedenssehnsucht vereinigen. Auch die andern tragen Masken: indem wir die eigne ablegen, wollen wir sie zwingen, auch die ihre wegzuwerfen. Und dann wird sich herausstellen, daß es auf diesem Erdball nur sehr wenige gibt, die zur Befriedigung ihres Ehrgeizes, ihrer Nachsucht, ihres Triebes zur Bereicherung eine Fortsetzung des Krieges wünschen, während Hunderte von Millionen keinen andern Gedanken mehr kennen als den an ein Ende all dieser Schrecken.

Wenn die Masken fallen, endet auch der Krieg!

* * *

## Rechts oder links.

Die Alldeutschen arbeiten mit Hochdruck, um gegen die Friedensresolution des Reichstags Stimmung zu machen. Je näher die Stunde der Entscheidung rückt, um so gröberes Geschütz fahren sie auf.

Der frühere Staatssekretär v. Tirpitz, den die ganze Erobererpresse seit Jahr und Tag als den einzigen genialen deutschen Staatsmann der Gegenwart feiert, und den gleichwohl bei Bethmanns Rücktritt kein einziges deutsches Blatt als Kanzlerkandidaten zu nennen gewagt hat, weil man wußte, daß das Volk sich ihn nicht gefallen lassen würde, hat an die Fraktionen des Zentrums und der Nationalliberalen eine Warnung vor dieser Friedensresolution gedrahtet. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" hat schon am Montag mit Worten wie „glatter Landesverrat" um sich geworfen. Jetzt bringt der christliche „Reichsbote" Zuschriften, welche diese Dreistigkeit noch übertreffen. Die Friedensresolution wird „als jämmerlicher Verzicht" bezeichnet, ihre Anhängerschaft als „Gelichter", das Vorgehen der Reichstagsmehrheit wird als „regelrechter Landesverrat" beschimpft und endlich die infame Frage aufgeworfen:

**„in welchem Solde stehen denn die,**

welche die Geschäfte der Entente ausführen und dafür sorgen, daß der Krieg weiter dauert, bis er so schließt, wie die Feinde es wünschen!" Geht es auch im Reichstag in dieser Tonart, dann kann es ja erbaulich werden.

Im übrigen haben wir gegen die Schärfe dieses Kampfes wenig einzuwenden. Je leidenschaftlicher in diesem Augenblick die Gegensätze aufeinanderplatzen, desto unmöglicher wird es von vornherein dem Reichskanzler gemacht, eine zweideutige und unklare Erklärung abzugeben. Er muß sich entscheiden. Lehnt er den Verständigungsfrieden ab, dann muß ihn die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpfen. Erteilt er den Annexionspolitikern eine deutliche Absage, dann werden ihn diese verfolgen, wie sie Bethmann gehetzt haben. Eins von beiden bleibt dem Kanzler sicherlich nicht erspart. Der Versuch, mit einem Satz die Rechte und mit dem andern die Linke zufriedenzustellen, ist bei dem jetzigen Entwicklungszustand der Gegensätze von vornherein jeder Erfolgmöglichkeit beraubt.

Bei seiner Entscheidung wird sich der Kanzler nicht davon beeinflussen lassen dürfen, daß die Annexionspolitiker viel lauter sind und in der Oeffentichkeit viel mehr schreien als die Anhänger des Verständigungsfriedens. Die Eroberungspolitiker

**haben es leicht zu lärmen.**

Die sachlichen Gründe derer, die eine raische Verständigung zu erzielen dringend raten, lassen sich nicht restlos öffentlich erörtern. In den vertraulichen Hauptausschußsitzungen, in denen rückhaltlos geredet werden konnte, haben die Alldeutschen geradezu jämmerlich abgeschnitten. Ihr Lärmen in der Oeffentlichkeit ist falsches Spiel, ist die Ausnutzung der Rücksicht, welche ihre Gegner auf die Interessen des Landes nehmen.

Was bedeutet die Aktion des Reichstags? Die deutsche Volksvertretung will verlangen, daß die Regierung einen ehrlichen Versuch mache, durch glatte Annahme der von der revolutionären russischen Regierung formulierten Absage an die Eroberungspolitik zum Frieden zu gelangen. Gelingt es der provisorischen Regierung nicht, die andern Entente-Mächte zum Verzicht auf ihre Raubpläne zu bewegen, so hat dann Deutschland für den Frieden jedenfalls alles getan, was zu tun in seiner Kraft stand.

Wie würde der Friede aussehen, der auf dieser Grundlage geschlossen würde? Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet immer wieder, dieser Friede würde ein Friede des Verzichts, der Unterwerfung, der Selbstvernichtung sein. Davon ist gar keine Rede. Die Resolution, die dem Reichstag zur Abstimmung vorliegen wird, ruht auf der Grundlage der deutschen Freiheit und Selbstbestimmung und der Unversehrtheit von Deutschlands territorialem Besitz. Sie fordert die Freiheit der Meere und die Abweisung jeder finanziellen Vergewaltigung. Der Friede ohne Annexionen und Entschädigungen ist allerdings ein

**Verzichtfriede — für die Entente.**

Der Friede ohne Eroberungen bedeutet für die Entente das Scheitern ihrer Pläne, den Verzicht auf ihre Kriegsziele. Deutschland hat Eroberungspläne niemals verfolgt, braucht also auch nicht erst darauf zu verzichten. Die Resolution fordert Versöhnung der Völker, Wirtschaftsfriede und Verkehrsfreiheit. Die Mittelmächte haben niemals daran gedacht, die in Feindesland erzeugten Produkte dauernd vom deutschen Markt auszuschließen, wohl aber sind die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz dahin gegangen, den deutschen Waren künftig den Weltmarkt zu sperren. Kommt der Verständigungsfriede nach den Plänen des Reichstags, dann muß die Entente Verzicht leisten auf ihre

**wirtschaftlichen Erdrosselungsabsichten.**

Wenn der Friede nach den Plänen des Reichstags geschlossen wird, was wird aus Straßburg und Metz? Frankreich muß darauf Verzicht leisten, an die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens zu denken. Was wird aus Trient und Triest? Italien darf nicht mehr hoffen, sie zu gewinnen. Was wird aus Mesopotamien und Arabien? England muß darauf verzichten, sie seinem Kolonialreich einzuverleiben. Was wird aus Warschau und Lodz? Rußland verzichtet darauf, Polen erneut zu beherrschen und gibt ihm volle politische Unabhängigkeit. Der Friede ohne Annexionen und Entschädigungen ist ein Verzichtfriede nur für die, die als Eroberungspolitiker ausgezogen sind. Das deutsche Volk hat sich nie mit Raubplänen getragen und braucht deshalb bei einem Verständigungsfrieden auch auf nichts verzichten.

Die Sozialdemokratie und die Reichstagsmehrheit muten dem Kanzler nicht zu, sich auf einen Verzichtfrieden festzulegen; aber für einen Verständigungsfrieden muß er sich unzweideutig aussprechen. Daß die Alldeutschen sich an ihn herandrängeln, macht uns nicht irre und schadet ihm zunächst nur im Ausland. Aber im Reichstag hat er selbst zu sprechen. Für den Frieden oder gegen den Frieden. Der Sozialdemokratie wird danach ihre Stellung zu ihm vorgeschrieben sein.

* * *

## Eine Mittellinie.

Reichskanzler Michaelis hat am Mittwoch erneut mit den Führern der Reichstagsparteien Besprechungen abgehalten. Er wies darauf hin, wie in Berliner Blättern zu lesen ist, daß er bei der Uebernahme seines Amts von der Erwartung getragen worden ist, die innere Einigkeit wieder zu erwecken, die für den glücklichen Ausgang des Krieges unerläßlich ist. Er soll in der Frage der Friedensziel-Erklärung eine mittlere Linie vorgeschlagen haben, auf der eine Einigung zu erzielen sei, ohne daß es zu einer scharfen Absage der Regierung nach rechts oder links komme.

Am Mittwoch nachmittag und abend fanden daraufhin interfraktionelle Besprechungen statt, in denen der Wunsch ausgedrückt wurde, die Abstimmung über die Mehrheitsentschließung bis zum Freitag zu vertagen und unter Umständen auf die Resolution zu verzichten, wenn Dr. Michaelis in seiner Rede entsprechende Erklärungen abgebe, was nach der letzten Besprechung als wahrscheinlich anzusehen sei.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170720-19/fragment/page=0001

In der Frage der Parlamentarisierung erwartet man in den Kreisen der Mehrheitsparteien ein schnelles Entgegenkommen der Regierung sowohl im Reich wie in Preußen. Da wird es darauf ankommen, was die Regierung unter Parlamentarisierung versteht.

* * *

## Die heutige Reichstagssitzung.

In der heutigen Reichstagssitzung, die um 3 Uhr beginnt, wird zunächst der neue Reichskanzler seine mit Spannung erwartete Antrittsrede halten. Nach dem Reichskanzler werden noch die Abgeordneten Fehrenbach (Ztr.), Scheidemann (Soz.), Graf Westarp (kons.) und Stresemann (natl.) kurze Reden halten. Darauf wird sich der Reichstag auf Freitag 10 Uhr vertagen. Der fortschrittliche Abgeordnete v. Payer und die Redner der kleineren Parteien werden alsdann die Besprechung des Vortags fortführen.

Der Hauptausschuß des Reichstags wird am 20. August wieder zusammentreten. —

# Was der Krieg bringt.

## Die Vernichtung deutscher Dampfer.

Der Angriff englischer Torpedoboote auf deutsche Handelsdampfer stellt sich in der Tat als ein schwerer Neutralitätsbruch Englands heraus. Die amtliche Untersuchung, die von Holland angestellt wurde, hat zweifelsfrei ergeben, daß der Angriff innerhalb der holländischen Hoheitsgewässer erfolgt ist. Die Engländer geben das freilich noch nicht zu. Ihre Admiralität hat amtlich folgendes über den Vorfall veröffentlicht:

Einige unsrer leichten Kreuzer, die in der Nordsee patrouillierten, sichteten am Montag vormittag eine Anzahl deutscher Dampfer, machten ihnen das Signal: Anhalten! Von Bord gehen! und feuerten ihnen quer vor Bug. Der Befehl wurde nicht befolgt. Die Schiffe flüchteten in der Richtung der holländischen Küste, zwei durch unser Feuer schwer beschädigt, erreichten die Ufer, die übrigen vier wurden abgeschnitten und genommen. Unsre Zerstörer, welche Prisenmannschaften an Bord setzten, führten sie unter eignem Dampfe hinweg. Zwei von diesen Schiffsbesatzungen verließen ihre Schiffe, die andern beiden wurden gefangengenommen. Vier Schiffe liegen in einem Hafen unsers Landes, sie heißen „Pellworm", „Brietzig", „Marie Horn" und „Hinz Wumberg".

Die englische Admiralität versucht also den Anschein hervorzurufen, als ob der Angriff in der freien Nordsee erfolgt sei und die deutschen Dampfer nur bei ihrer Flucht in holländische Gewässer geraten seien. Demgegenüber vergleiche man, was das holländische Marinedepartement amtlich über das Ergebnis der holländischerseits geführten Untersuchung mitteilt:

Das Marinedepartement teilt folgendes mit: Am frühen Morgen des 16. Juli sichteten die Posten der Küstenwache sieben Frachtschiffe unbekannter Nationalität, die durch die Hoheitsgewässer in nördlicher Richtung fuhren. Um 6 Uhr 15 wurden von einem der Küstenwächter etwa 20 britische Kriegsschiffe gesichtet, die um 6 Uhr 50 in die Höhe von Petten kamen und innerhalb der Hoheitsgewässer die Handelsschiffe zu beschießen begannen. Vier Frachtdampfer wurden, obwohl sie innerhalb der Hoheitsgewässer fuhren, von den Kriegsschiffen weggenommen. Zwei fuhren direkt auf den Strand zu und wurden, nachdem sie schon festgelaufen waren, noch immer beschossen. Mehrere Geschosse fielen auf das Land. Ein andres Handelsschiff ankerte bei dem Untersuchungsfahrzeug am Eingang nach dem Schulpengat. Als das Untersuchungsfahrzeug 18 engische Torpedojäger sichtete, lichtete es die Anker und legte sich zwischen das Handelsschiff und die Torpedojäger, worauf diese in südlicher Richtung wegfuhren. Als um 6 Uhr 52 in den Helder die Nachricht eintraf, daß britische Torpedojäger innerhalb der Hoheitsrechte auf Frachtschiffe Jagd machen, wurden das Kriegsschiff „Kortenaer" und vier Torpedoboote abgeschickt, die um 8 Uhr 25 Min. an Ort und Stelle kamen. Zwei andre Torpedoboote erhielten den Befehl, bei Texel am Schulpengat zu kreuzen. Zwei mußten zwischen Vlieland und Texel kreuzen und zwei bei dem am Sonntag gestrandeten deutschen Schiffe. Es steht fest, daß der Angriff innerhalb der Hoheitsgewässer stattgefunden hat.

Welche Maßnahmen Holland ergreifen wird, um von England Genugtuung zu erlangen, wird noch nicht berichtet. Es ist aber ganz undenkbar, daß die niederländische Regierung den Fall ohne weiteres auf sich beruhen lassen kann, mögen die Neutralen, unter unter ihnen Holland, auch noch so sehr dem Drucke Englands ausgesetzt sein. —

* * *

## Der Seekrieg.

Neue Versenkungen. Der deutsche Admiralstab gibt unterm 19. Juli folgendes bekannt: Durch eins unsrer U-Boote wurden im Englischen Kanal neuerdings drei Dampfer, zwei Segler vernichtet. Darunter befanden sich zwei bewaffnete, beladene Frachtdampfer englischer Nationalität und der englische Dreimast-Raaschuner „Ocean Swell".

Verluste durch Versenkungen. Die Versicherungsfirma Blom und van der Aa veröffentlicht eine Liste, wonach vom 15. Juni bis 15. Juli 190 Dampfer und Segelschiffe sowie 29 Fischerfahrzeuge feindlicher und neutraler Länder infolge von Kriegshandlungen gesunken sind.

Versenkt. Laut „Socialdemokraten" erzählte die Mannschaft eines aus England im Geleitzug zusammen mit acht andern Schiffen angekommenen norwegischen Dampfers, daß der englische Kohlendampfer „Prince Albins" (2030 Tonnen) von einem deutschen U-Boot aus dem Geleitzug heraus versenkt worden sei. —

* * *

## Wie sieht's in Rußland aus?

Ja, wenn man das wüßte! Den sensationellen Meldungen der bürgerlichen Nachrichtenpresse ist nicht das geringste Gewicht beizulegen; jede Depesche, jeder Brief will irgend etwas beweisen, nicht aber uns Tatsachen bringen, aus denen wir selbst Schlußfolgerungen ziehen können. Die russische Presse kommt nur lückenhaft und sporadisch an uns heran; sie bietet daher kein sicheres Feld für Ausgrabungen.

Da kommt uns wie gerufen ein Artikel von Angelika Balabanowi im „Avanti", dem Mailänder Blatte der italienischen Sozialdemokratie. Die Verfasserin ist nach dem Ausbruch der Revolution nach Rußland geeilt und weilt seit einigen Wochen in Stockholm, wo sie den von der Höhe seiner Warte gestürzten Robert Grimm in der Leitung der Zimmerwalder vertritt. Sie hat die Dinge, Menschen, Bewegungen und Triebkräfte in Rußland 3 Monate lang an der Quelle studiert und fällt darüber folgendes Urteil:

„Zwei Phänomene beherrschen das heutige Leben in Rußland: der große finanzielle Zusammenbruch einerseits, der in der vollen, restlosen Zerrüttung des Landes und dem Verrat der Bürgerklassen gipfelt, welch letztere, als sie durch die Revolution ihre Vorrechte bedroht sahen, Alarm schrien und immer offenkundiger den Rückschwung herbeizuführen suchten, und der Reaktion anderseits, die in echt russischer Weise mit antirevolutionären Pogroms operierte."

Unter der fettgedruckten Unterüberschrift „Die Zerrüttung!" sagt, wie auch weiterhin des öftern noch, eine längere Zensurlücke, die die russische Zerrüttung gnädig dem Auge des italienischen Bundesgenossen verbergen soll. Nach dieser Unterbrechung heißt es dann:

„Zucker entfällt auf den Kopf der Bevölkerung nur ein halbes Pfund im Monat, Milch ist fast nicht zu bekommen, um ein Stückchen Brot schlechtester Sorte erstehen zu können, muß man sich 5, 6 Stunden anstellen und oft genug kehrt man mit leeren Händen zurückkehren. Ach, dieses Anstellen! Es ist die Geißel des Landes. Für jede der wenigen Waren, die noch zu haben sind, heißt es sich anstellen. Man denke, daß, wer sich ein Paar Schuhe kaufen möchte, schon um 3 Uhr nachts zur Polonäse antritt, um gegen 10 oder 11 Uhr vormittags nicht etwa ein Paar Schuhe zu bekommen, sondern erst den Bezugsschein dafür. Aber auch diese Bezugsscheine tragen Nummern, meist eine fünf- und sechsstellige Zahl, so daß der glückliche Inhaber eines solchen Scheines noch Monate und Monate darauf warten muß, bis die Reihe zum Kauf an ihn kommt.

Ebenso geht es mit den Eisenbahnfahrkarten. Wer z. B. nach Moskau will, muß ganze Tage stehen, um sich einen Schein zu besorgen, der ihm das Recht gibt, weitere Tage vor dem Schalter zu stehen, um, wenn das Glück ihm hold ist, 5 bis 6 Wochen später nach abermaligem endlosem Stehen in einen Zug gelassen zu werden, in dem nicht selten die ganze Reise stehend verbracht werden muß.

Derselben Tortur des Anstellens müssen sich die Liebhaber des Tabaks unterwerfen, die in Rußland überaus zahlreich sind. Straßenbahnwagen gibt es nur noch wenige, da viele Wagen den an sie gestellten Anforderungen erlagen. Da nun alle Soldaten umsonst befördert werden, so ist es das größte Kunststück, sich unter Lebensgefahr in einen Wagen zu zwängen. Von Rechts wegen hat so ein Wagen 20 Stupläze und etwa 15 Stehpläze, in Wirklichkeit aber führt er 100 bis 120 Personen in seinem Innern mit sich, und draußen hängen noch in den halsbrecherischsten Stellungen Knäule von Menschen, die sich so von einem Ende der Stadt zum andern schleifen lassen. Obgleich auf einer Seite eingestiegen und auf der andern ausgestiegen wird, betrachtet es doch jeder als einen ganz besondern Glücksumstand, wenn er nach einer solchen Fahrt im Besitz seiner sämtlichen Gliedmaßen, Kleidungsstücke und seines sonstigen Zubehörs ist.

Das zweite Phänomen, das dem gegenwärtigen Fieber in Rußland seinen Stempel aufdrückt, ist die Haltung der Bürgerkreise. Die untern Volksschichten beruhigen sich nicht bei den gemachten Eroberungen, an die hundert Millionen Arbeiter und Bauern agitieren fortwährend, um höhere Gehalte, Aufteilung der Güter und die Niederringung des Kapitalistenwesens durchzusetzen. Da sie bei der Teurung nicht bestehen können, so suchen sie ihren Willen durch Streike durchzusetzen, der Bürgerstand antwortet darauf, indem er die Werkstätten schließt, und der Staat, der selbst kein Geld hat, sieht ratlos zu. Die Bürgerklassen nennen diesen Zustand Anarchie, um so mehr, als auch tatsächlich Gewaltstreiche einzelner erfolgen. Die Schuld daran wird dann regelmäßig auf Lenin und seine Anhänger abgewälzt. Die Selbstsuggestion und Hypnose des Publikums wächst von Tag zu Tag. Jede Selbsthilfe des Proletariats, jeder Tumult wird als Beweis für die maßlosen Forderungen des nicht zu befriedigenden Pöbels hingestellt, und zwar am liebsten gerade von Leuten, die sich auf Kosten dieser getretenen, ausgesogenen Massen ungeheure Vermögen während des Krieges erworben haben.

Die Versammlungen, Zusammenkünfte und Kongresse sind nicht mehr zu zählen. Aber der Kongreß, der ununterbrochene, ständige, unendliche, das ist doch der, der auf freiem Platz, in den Parken und Straßen abgehalten wird. Vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht debattiert da dieses Volk, das allzu lange nach Freiheit hungerte, und an jeder Ecke, auf den Bürgersteigen, vor den Gräbern der Märtyrer des Revolutionsgedankens, wo immer zwei oder drei sich zusammenfinden, wird Politik getrieben."

Der Rest ist dann wieder vom italienischen Zensor gebotenes Schweigen. —

* * *

## Neue Unruhen in Petersburg?

Mancherlei alarmierende Meldungen kommen aus Petersburg. Reuter meldet von dort unterm 17. Juli: Gestern kam es zu einer großen bewaffneten Kundgebung, die von Maximalisten in Szene gesetzt war. Stundenlang durchfuhren Automobile mit Soldaten, Matrosen und Zivilisten, die mit Gewehren bewaffnet waren, die Stadt. Am Newsky-Prospekt wurde geschossen, mehrere Personen wurden dabei getötet. Das erste Maschinengewehrregiment soll den Aufruhr hauptsächlich verursacht haben. Unter den Manifestanten befanden sich Abteilungen der Grenadier-Regimenter Pawlowski und Moscovic. Die Soldaten besetzten die Druckerei der „Nowoje Wremja" und erzwangen die Veröffentlichung eines Aufrufs an das Volk, die vorläufige Regierung zu stürzen. Das Organ des Arbeiter- und Soldatenrats beurteilt die Bewegung als die Revolution gefährdend. Unzählige mit Maschinengewehren beladene Frachtwagen gehen nach dem Landhaus der Tänzerin Kreshinskaja, wo sich das Hauptquartier des ersten Maschinengewehrregiments befindet. Die Regimenter Wolinski, Letowski, Jmailowski und Simeonowski sind noch ruhig. Die Garnisonen in Oranienbaum, Zarskoje Selo und Peterhof richten sich nach den Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Die Vollziehungsausschüsse des Arbeiter- und Soldatenrats und des Bauernkongresses haben, wie schon gestern von uns in einem Teile der Auflage gemeldet wurde, an die Arbeiter und Soldaten in Petersburg einen Aufruf gerichtet, der sich gegen die Kundgebungen wendet und mit den Worten schließt: „Wir erklären alle, die diesen Befehl verletzen, für Verräter und Feinde der Revolution und treffen Maßnahmen, die uns zur Verfügung stehen, um diesen Befehl durchzuführen." Gleichzeitig hat die vorläufige Regierung alle Kundgebungen verboten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat in gemeinsamer Sitzung mit dem Vollziehungsausschuß des Bauernrates, die am Montag begann und die ganze Nacht hindurch bis früh um 6 Uhr dauerte, mit allen gegen zehn Stimmen einen Beschluß angenommen, der ebenfalls mit scharfen Worten die Kundgebungen verurteilt. Es heißt in dem Beschluß u. a.: „Der Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats und der Bauern ganz Rußlands weist mit Entrüstung alle Versuche zurück, seinen Willen durch einzelne Truppenabteilungen zu beeinflussen. Die Verantwortung für das Blut, das auf den Straßen Petersburgs vergossen wurde, trifft diejenigen, die es wagten, zu veranlassen, daß zu diesem Zwecke Bewaffnete auftreten. Alle diese Handlungen sind mit Rücksicht auf unser revolutionäres Heer, das an der Front die Errungenschaften der Revolution verteidigt, Handlungen des Verrats und der Niedertracht."

Die Meldung über diesen Beschluß wird von der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet, so daß kaum Zweifel an seiner Echtheit zulässig sind. Die revolutionären Kundgebungen, die danach tatsächlich stattgefunden haben und einen sehr erheblichen Umfang hatten, richten sich hauptsächlich gegen die bürgerlichen Minister. Anscheinend ist der gestern gemeldete Ministerwechsel schon eine Folge der Unruhen. Die reaktionären Kreise Petersburgs unterstützen offenbar die Veranstalter der Kundgebungen, weil sie hoffen, daß ein reines Arbeiterministerium schnell abwirtschaften und bald die Bahn für ein reaktionäres Regiment frei machen würde. —

* * *

## Russischer Bericht.

Vom 16. Juli. Westfront: An der untern Lomnica Gewehrfeuer und Artilleriekampf. Nordöstlich von Kalusz machten die Deutschen am Morgen des 15. Juli erbitterte Angriffe und versuchten unsre Truppen über die Lomnica zurückzuwerfen. Schwach an Zahl, aber stark an Mut, wies das Infanterie-Regiment Kinburn, gegen dessen Abschnitt die Hauptmassen der Deutschen anstürmten, die Angriffe ab. Der Befehlshaber des Regiments Kinburn, Oberstleutnant Simonowski, wurde verwundet. Fortgerissen durch den tapfern Hauptmann Zipow, der den Befehl des Regiments übernahm, ergriff dieses die Offensive und warf den Feind zurück, wobei es ihm Verluste zufügte, und Gefangene und Maschinengewehre einbrachte.

Der Kampf auf der Front Landestreu—Ldziany—Krasna hielt den ganzen Tag über an. Nach heißem Kampfe wurden die Oesterreicher aus dem Dorfe Ldziany vertrieben und gegen die Lomnica zurückgetrieben. Aber unter dem Drucke der von Roznatow angelangten Reserven und im Hinblick auf die hohen Verluste unsers Offizierkorps wurden unsre Truppen gezwungen, ein wenig zurückzuweichen und sich am östlichen Ende von Ldziany festzusetzen.

Bei dem Kampfe am 15. Juli machten wir 16 Offiziere und etwa 900 Oesterreicher und Deutsche zu Gefangenen und erbeuteten einige Maschinengewehre. Die Gesamtzahl der Gefangenen und der Beute vom 1. bis 13. Juli beträgt 834 Offiziere, 35 809 Mann, 93 schwere und leichte Geschütze, 28 Grabenmörser, 403 Maschinengewehre, 44 Minenwerfer, 45 Bombenwerfer, 3 Flammenwerfer, 2 Flugzeuge und eine große Masse verschiedenen Kriegsmaterials. —

* * *

## Neue englische Minister.

In einem Teile der gestrigen Ausgabe konnten wir nach amtlicher englischer Meldung eine Umbildung des Kabinetts Lloyd George melden. Der bisherige Marineminister Edward Carson ist zum Mitglied des Kriegskabinetts ohne Portefeuille, Addison ein Minister ohne Portefeuille, Montagu Staatssekretär für Indien, Churchill zum Geschoßminister und Eric Geddes Marineminister geworden.

Der neue Marineminister Geddes gehört zu der Reihe jener englischen Minister, die, von Fachkenntnissen nicht oder kaum beschwert, die wichtigsten Kriegsressorts übernehmen, weil man sich von ihren allgemein menschlichen Eigenschaften viel verspricht. Zwar hat sich Geddes seit kurzer Zeit als Organisator und technischer Beirat in der Admiralität betätigt, seine Lebensarbeit liegt aber auf eisenbahntechnischem Gebiet.

Auch sein nun abtretender Vorgänger Carson kam von draußen. Von dem „starken Mann von Ulster" hatte sich die englische Oeffentlichkeit eine ausschlaggebende Verwendung der Schlachtflotte und die Vernichtung des U-Boot-Schrecks versprochen. Aber auch Carson hatte nicht mehr erreicht als der erste Flottenlord des Kriegsbeginns, der als Zauderer verschriene Balfour. Ressortlos, bleibt Carson aus Parteirücksichten Mitglied des Kabinetts.

Auf seiner wechselvollen Laufbahn ist Churchill, zuletzt Minister für die Verteidigung der Luft, ein Opfer des letzten deutschen Angriffs auf London, nun Minister der Munitionsversorgung geworden. Er löst Addison ab, dessen tüchtige Wirtschaftsqualitäten für die Umstellung in die Friedenswirtschaft nutzbar gemacht werden sollen.

Ein drittes Opfer ist der abtretende Staatssekretär für Indien, Austin Chamberlain, der durch die Enthüllungen über die erste Offensive auf Bagdad ganz und gar gefallen ist. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170720-19/fragment/page=0002

# Deutscher Reichstag.

116. Sitzung.

Berlin, 19. Juli, nachm. 3 Uhr.

Haus und Tribünen sind überfüllt. Am Bundesratstisch: Der neue Reichskanzler, Dr. Helfferich, Capelle, Zimmermann, v. Loebell, Dr. Weseler, v. Breitenbach, Graf Roedern u. a.

Präsident Dr. **Kaempf** feiert die Verdienste des Herrn von **Bethmann-Hollweg.** Er erkennt dankend an, daß Herr v. Bethmann die Interessen des Reichstags und seine Wünsche gewissenhaft geachtet, daß er den Bedürfnissen eines vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen Reichsleitung und Reichstag wohlwollend, gerecht und vorurteilsfrei, wie er sagt, volles Verständnis entgegengebracht hat. (Lebh. Beif. links u. i. Ztr. Schweigen rechts.) Mit der selbstlosen Hingebung seines ganzen Könnens und der ganzen Tiefe seines Wissens hat er sich dem schweren Amte gewidmet, das er auf sich genommen hatte. (Lebh. Beif. links u. i. Ztr. Schweigen rechts.)

Der Präsident begrüßt dann den neuen Reichskanzler Dr. Michaelis im Namen des Reichstags und wünscht ihm guten Erfolg. (Bravo!) Wir vertrauen, daß es seiner Einsicht und Tatkraft gelingen wird, in dem Streite der Meinungen und in dem Ringen der Völker den Weg zu finden, der unser Vaterland einer glücklichen, gesicherten Zukunft entgegenführt. (Lebh. Beif.)

Der Präsident nimmt dann ein Schreiben der Schweizerischen Vereinigung der Griechen in Genf an ihn als den Präsidenten des Reichstags zum Anlaß, um der wegen ihrer Vergewaltigung bemitleidenswerten Nation und ihrem auch im Unglück treuen und aufrechten König die wärmste Sympathie des Reichstags auszusprechen. (Lebh. Beif.)

Auf der Tagesordnung stehen die Kriegskredite.

Reichskanzler Dr. **Michaelis:**

Meine Herren! Nachdem Seine Majestät der Kaiser mich zum Amte des Reichskanzlers berufen hat, habe ich heute zum erstenmal die Ehre, mit dem hohen Hause in Verbindung zu treten. In ernstester Zeit ist die zentnerschwere Last auf meine Schultern gelegt. Im Hinblick auf Gott und im Vertrauen auf die deutsche Kraft habe ich es gewagt und werde nun der Sache dienen bis zur letzten Hingabe. Von Ihnen, meine Herren, erbitte ich vertrauensvolle Mitarbeit in dem Geiste, der sich in diesem Kriege herrlich bewährt hat. Am hochverdienten Manne, der auf diesem Posten vor mir gestanden hat, ist herbe Kritik geübt worden, Kritik vielfach mit Feindschaft und Haß. Ich habe die Empfindung, es wäre würdiger gewesen, Feindschaft und Haß hätten haltgemacht hinter der verschlossenen Tür. (Sehr richtig!) Erst wenn das Buch dieses Krieges eröffnet vor uns liegen wird, dann werden wir voll würdigen können, was Bethmanns Kanzlerschaft für das Deutsche Reich bedeutete. (Sehr richtig!)

Wenn ich nicht fest glaubte an die Gerechtigkeit unserer Sache, dann hätte ich das Amt nicht übernommen. Wir müssen uns täglich die Ereignisse von vor 3 Jahren vor Augen halten, die geschichtlich feststehen und die beweisen, daß wir in den Krieg gezwungen sind. Rußlands Rüstung, seine heimliche Mobilmachung waren eine große Gefahr für Deutschland. An der Konferenz teilzunehmen, während deren Dauer die Mobilmachung weitergegangen wäre, wäre politischer Selbstmord gewesen. (Sehr richtig!) Obwohl die englischen Staatsmänner wußten, wie aus ihrem Blaubuch hervorgeht, daß die russische Mobilmachung zum Kriege mit Deutschland führen müßte, haben sie kein Wort der Warnung gegen die militärischen Maßnahmen an Rußland gerichtet, während mein Amtsvorgänger in der Instruktion vom 29. Juli 1914 an den kaiserlichen Botschafter in Wien die Direktive gab, zu sagen: „Wir erfüllen gern unsre Bündnispflicht, aber müssen es ablehnen, uns durch Oesterreich-Ungarn wegen Nichtachtung unserer Ratschläge in einen Weltkampf verwickeln zu lassen." So schreibt kein Kriegsmann, der Weltkrieg entfachen will, so schreibt ein Mann, der für den Frieden ringt und der in den Ihnen gerungen hat bis zum äußersten. Der Armarsch der russischen Heere zwang Deutschland, zum Schwerte zu greifen. Uns blieb keine Wahl.

Und was vom Kriege selbst gilt, gilt auch von unsern Waffen, insbesondere von der U-Boots-Waffe. Wir weisen den Vorwurf zurück, daß der U-Boots-Krieg völkerrechtswidrig ist und daß er gegen die Menschenrechte verstoße. England hat uns

**die Waffe in die Hand gedrückt:**

durch **seine völkerrechtswidrige Seesperre hat es den neutralen Handel mit Deutschland unterbunden und den Aushungerungskrieg proklamiert.** Unsre schwache **Hoffnung, daß Amerika** an der Spitze der Neutralen der englischen Rechtswidrigkeit Einhalt tun würde, ist eitel gewesen, und der letzte Versuch, den Deutschland gemacht hat, durch ein ehrlich gemeintes Friedensangebot das Aeußerste zu vermeiden, ist fehlgeschlagen. Da durfte und mußte Deutschland dieses letzte Mittel wählen als durch Notwehr gebotene Vergeltungsmaßnahme und nun auch zum äußersten anwenden zur Verkürzung des Krieges. (Beifall.) Der U-Boots-Krieg leistet das und noch mehr, als man von ihm erhofft hat. (Beifall.)

Falsche Nachrichten, die aus Geheimsitzungen in die Oeffentlichkeit gedrungen sind (Sehr gut!), haben eine Zeitlang ein gewisses Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Das hängt wohl damit zusammen, daß voreilige Propheten die Erwartung ausgesprochen hatten, daß infolge des U-Boot-Krieges der Krieg zu einer bestimmten Zeit zu Ende sein würde. (Sehr richtig!) Sie hatten dem Vaterland keinen Dienst erwiesen. (Sehr richtig!) Unruhe, Glocke des Präsidenten.) Ich stelle fest, daß der U-Boot-Krieg in der Vernichtung feindlichen Frachtraums das leistet, was er sollte. Er schädigt Englands Wirtschafts- und Kriegführung von Monat zu Monat wachsend, so daß dem Friedensbedürfnis nicht lange mehr wird entgegengewirkt werden können. Wir können dem weitern Arbeiten unsrer wackern U-Boots-Männer mit vollem Vertrauen entgegensehen. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren! Ich will den Augenblick, wo ich an der Stelle stehe, wo man in weithin hörbarer Weise ins Land hineinsprechen kann, dazu benutzen, um unsre Truppen an allen Fronten, zu Land und zu Wasser, in der Luft und unter der See von der Heimat zu begrüßen. (Lebhafter Beifall.) Was unsre Heere unter der Leitung ihrer großen Führer in nun drei Jahren geleistet haben, das ist in der Weltgeschichte unerhört (lebhafter Beifall) und unser Dank ist unauslöschlich. (Beifall.)

Aber wir denken auch dankbar an unsre treuen und tapfern Bundesgenossen. Die Waffenbrüderschaft, die in heißem Kampfe geschlossen wurde und erprobt ist, wird nicht gelöst. (Beifall.) Deutschland wird in Bundestreue an den Verträgen und an den Abmachungen festhalten.

Die Berichte über die militärische Lage von seiten der Obersten Heeresleitung sind sehr gute. Im Westen sind die Offensiven der Engländer und Franzosen gescheitert, und die Gegenangriffe unsrer Heere bewiesen die ungebrochene Kraft und ihr besseres Können. (Lebhafter Beifall.) Im Osten ist infolge der innern Wirren der Angriff der Millionenheere nicht zur Ausführung gekommen. Es trat verhältnismäßige Ruhe ein. Erst nachdem falsche Nachrichten und Hetzereien die Soldaten in Rußland von neuem aufgestachelt haben, kam es zu der jetzigen Offensive. Ihre Ziele waren Lemberg und die Deigruben bei Drohobycz, um unsern U-Boots-Krieg zu schädigen. Brussilow hat mit seiner Rücksichtslosigkeit und ungeheuern Opfern nur geringe Vorteile erzielt, und vor einer halben Stunde habe ich ein

**Telegramm des Generalfeldmarschalls von Hindenburg**

erhalten. Es lautet folgendermaßen:

„An den Reichskanzler des Deutschen Reiches, Reichstag.

Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat dort ein starker Angriff eingesetzt. Unter persönlicher Leitung des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern **haben deutsche, unterstützt durch österreichisch-ungarische Truppen, die russischen Stellungen bei Zloczow durchstoßen."**

(Zuruf eines Unabhängigen Sozialdemokraten: Stimmungsmache! Unruhe und Rufe: Pfui!) Jene Vorteile von Brussilow sind danach wieder ausgeglichen.

Griechenland, durch Gewalt gezwungen, ist in den Krieg gegen uns eingetreten. Unsre gemeinsam mit den tapfer kämpfenden Bulgaren gehaltene Front hält stand. Italien wird selbst die letzte Isonzoschlacht nicht das von ihm und seinen Bundesgenossen ersehnte Ziel bringen, nämlich was das Ziel seines Vortbruchs war, den Besitz von Triest. Im Kaukasus und in Palästina hat der Kampf wegen der Jahreszeit ausgesetzt. Wenn er wieder aufflammt, dann werden die Feinde des türkischen Heer neu gerüstet finden. (Beifall.) Der hoffnungsvollen Stimmung der Ententeländer über das

**Eingreifen Amerikas**

sehen wir ohne schwere Bedenken zu. (Erneuter Beifall.) Wir haben ausgerechnet, wieviel Frachtraum erforderlich ist, um eine neue Armee von Amerika nach dem europäischen Kontinent zu bringen, wieviel Tonnage dazu gehört, um ein solches Heer zu ernähren. Frankreich und England können es selbst kaum, ohne ihre Kriegswirtschaft zu beeinträchtigen. Nach unsern bisherigen Erfolgen werden wir auch des neuen Gegners Herr werden. Das ist unsre feste Ueberzeugung und Zuversicht. (Beifall.) Wir und unsre Bundesgenossen können also jeder weiteren Entwicklung der militärischen Ereignisse mit Ruhe und Sicherheit entgegensehen. (Erneuter Beifall.)

Und trotzdem ist **in allen** Herzen die brennendste Frage,

**wie lange noch der Krieg dauern soll.**

Ich komme hierbei zu dem, was im Mittelpunkt des Interesses unser aller steht. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt, Deutschland hat ihn nicht gewollt, um Eroberungen zu machen und seine Macht gewaltsam zu vergrößern. Und darum wird es den Krieg nicht länger führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, bloß um gewaltsame Eroberungen zu machen. (Hört, hört, bei den Sozialdemokraten.) Das, was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche schließen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben. Die jetzige Generation und die kommenden Geschlechter sollen diese Kriegsprüfungszeit als eine Zeit unerhörter Tatkraft und Opferfreudigkeit unsers Volkes und unsrer Heere in leuchtendem Gedächtnis behalten für die Jahrhunderte. (Lebhafter Beifall.) In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. (Beifall.) Wir können den

**Frieden nicht noch einmal anbieten.**

(Zustimmung.) Die Hand, die einmal ehrlich und friedensbereit ausgestreckt war, hat ins Leere gegriffen. (Erneute Zustimmung.) Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erzielen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für allezeit sichergestellt werden. (Lebhafter Beifall.)

Wir müssen

**im Wege der Verständigung**

(Beifall links und im Zentrum) und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren. Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden. (Lebhafter Beifall.) Er muß der weiteren Verfeindung der Völker durch wirtschaftliche Absperrungen vorbeugen. (Beifall.) Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund unsrer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund gegen uns auswächst. Diese Ziele lassen sich

**im Rahmen Ihrer Resolution,**

wie ich sie auffasse, erreichen. (Beifall.)

Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Niederwerfungsgelüste aufgegeben haben und eine Verhandlung wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit diesen Erklärungen einverstanden sind (Hört, hört! links u. i. Ztr. Lebhafter Beifall), darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragen, was er uns zu sagen hat. Denn wir wollen ehrlich und friedensbereit in die Verhandlungen eintreten. (Beifall.)

Meine Herren! Bis dahin müssen wir ruhig und geduldig und mutig ausharren. Die gegenwärtige Zeit, in der wir leben, ist

**auf dem Gebiete unsrer Ernährung**

die schwerste, die wir bisher durchgemacht haben. Der Monat Juli war der schlimmste. Das wußten wir. Die Trockenheit hatte das Wachstum zurückgehalten, und es hat in der Tat vielfach bittere Not geherrscht. Aber ich kann die frohe Zuversicht aussprechen, daß in kurzer Zeit Erleichterung eintreten wird und daß dann die Bevölkerung wird wieder reichlicher versorgt werden können. (Lebh. Sehr richtig!) Ueber die Ernte ist noch nichts Gewisses zu sagen, aber das steht schon heute fest, daß sie besser wird, als sie im Vorjahr war. (Sehr richtig!) Die Halme sind zwar kurz, aber die Körnerbildung ist eine vortreffliche, und wir werden in diesem Jahre mit einer mittlern Ernte zu rechnen haben. In weiten Kreisen des Reiches ist überall fast noch rechtzeitig Regen gefallen, um die Kartoffeln zum Wachsen zu bringen. Wir hoffen auf eine gute Kartoffelernte. (Sehr gut!) Und wenn wir das, was uns aus Rumänien zuwachsen wird, und das aus den andern besetzten Gebieten für unsre Wirtschaft zweckmäßig verwenden, dann wird auch die Futterknappheit überwunden werden, wer der wir sonst stehen.

**Bei strafter Erfassung und bei voller Rationierung**

reichen die Vorräte, und das ist ein unberechenbarer Vorteil gegen England.

Es hat in weiten Kreisen die schmerzliche Erfahrung gemacht werden müssen, daß infolge der Kriegswirtschaft das Verhältnis der Bevölkerung in Stadt und Land eine Trübung erfahren hat. Hier muß unbedingt Aufklärung erfolgen. (Sehr richtig!) Wir müssen in erster Linie die Landwirtschaft davor bewahren, daß in dem neuen Wirtschaftsplan die Nationen, die ihr zugemessen werden, insbesondere auch für das Vieh, so geregelt werden, daß es von vornherein ausgeschlossen ist, damit zu reichen. Das war ein Fehler des vorigen Jahres (Sehr richtig!), der glatt zugegeben wird. Er hatte natürlich zur Folge, daß notwendig und darum entschuldbarerweise Gesetzesübertretungen vorkamen, und es muß auch die städtische Bevölkerung die großen Schwierigkeiten würdigen, unter denen die Landwirtschaft in der Kriegswirtschaft jetzt zu leiden hat, und umgekehrt muß überall in der ländlichen Bevölkerung volles Verständnis dafür bestehen, wie groß die Not in der Industrie, in der industriellen Bevölkerung und in den großen Städten ist. (Sehr richtig!) Wenn das geschieht, dann wird die Aussöhnung erfolgen. Es wird der eine für den andern das leisten, was er kann und wozu er verpflichtet ist. Die erfreuliche Erscheinung der Verpflanzung von Hunderttausenden von Kindern auf das Land kann sie vielleicht zurückgewinnen, aber wir müssen auf alle Weise dafür sorgen, daß dieser Gegensatz gemildert, ausgeglichen, daß er beseitigt wird. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Sie können von mir, der ich erst fünf Tage im Amte bin, nicht erwarten, daß ich mich über

**Fragen der innern Politik**

heute erschöpfend und abschließend äußere. Aber ich will folgendes sagen: Nach dem Erlaß der allerhöchsten Botschaft vom 11. Juli über das Wahlrecht in Preußen stelle ich mich selbstverständlich auf deren Standpunkt. (Beifall links.) Ich halte es für möglich und notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engere Fühlung herbeigeführt wird, und bin bereit, soweit dies möglich ist, ohne den bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten zu einem wirkungsvollen macht. Ich halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und der Regierung dadurch enger wird, daß Männer in leitende Stellen berufen werden, die neben ihrer persönlichen Eignung für die leitende Stelle auch das volle Vertrauen der großen Parteien der Volksvertretung genießen.

Meine Herren! Selbstverständlich ist alles das nur unter der Voraussetzung möglich, daß von der andern Seite anerkannt wird, daß das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung der innern Politik

**nicht geschmälert werden darf.**

(Beifall rechts.) Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen. (Beifall auf verschiedenen Seiten des Hauses, Bewegung.) Meine Herren! Wir fahren in wild bewegter See und in gefährlichem Fahrwasser. Das Ziel steht uns leuchtend vor Augen, das wir erreichen, das ist ein neues, ein herrliches Deutschland, nicht ein Deutschland, das mit seiner Waffengewalt die Welt terrorisieren will, wie unsre Feinde glauben, nein, ein sittliches, geläuterteres, ein gottesfürchtiges, ein treues, ein friedliches, ein machtvolles Deutschland, das wir alle lieben. Und für dieses Deutschland wollen wir kämpfen und leiden, für dieses Deutschland wollen unsre Brüder draußen bluten und sterben, und dieses Deutschland wollen wir erkämpfen, allen Feinden zum Trotz. (Lebh. Beif.)

Abg. **Fehrenbach** (Ztr.)

bringt im Auftrag der Fraktion des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei die schon bekannte Friedensresolution ein und fügt namens des Zentrums hinzu: Seit Bestehen des Reiches hat der Reichstag sich große Reserve in bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten auferlegt. Wenn er jetzt aus seiner Zurückhaltung herausträtt und die Bereitschaft zu einem für alle Beteiligten ehrenvollen Frieden kundgibt, so mischt er sich nicht in das, was Sache der Regierung ist, er macht kein Friedensangebot, sondern stellt die Bereitschaft des eignen Volkes zum Frieden fest und fordert die feindlichen Völker in feierlicher Weise auf, sich vom gleichen Friedenswillen beseelen zu lassen. Man hat vom deutschen Volk ein fürchterliches Zerrbild in den feindlichen Ländern gezeichnet, aber schließlich wird, wenn vielleicht auch erst in Monaten, die ruhige Ueberlegung zu ihrem Rechte kommen, welche sagt: das deutsche Volk ist ein starkes und tapferes Volk, aber mehr noch als in den Künsten des Krieges hat es sich in den Werken des Friedens ausgezeichnet. Man hat vor einer solchen Kundgebung als Zeichen der Schwäche gewarnt. (Sehr wahr! rechts.) Gewiß werden sich solche Stimmen, zumal in den nächsten Tagen, vernehmen lassen, aber wir werden tagtäglich den Beweis erbringen, daß wir zum Schlagen bereit und zu siegen befähigt sind. Auch bei unsern Feinden wird sich die Erkenntnis durchringen, daß nicht die Not, sondern die

**Sehnsucht nach Frieden**

uns bestimmt, die Hand zur Verständigung zu reichen. An der Schwelle des vierten Kriegsjahres erhebt sich die fürchterliche Gewissensfrage bei allen Völkern gleichmäßig (Sehr richtig!), soll dieses Wüten auch noch ein viertes Jahr dauern. Keine Eroberung und keine wirtschaftliche Vergewaltigung würde die Summe von Elend ausgleichen. (Lebh. Beif. b. d. Mehrheit.) Unsre militärische Situation schließt jede Mißdeutung aus. Wird die von der deutschen Volksvertretung jetzt zum erstenmal dargebotene Hand zurückgewiesen, so wird das ganze Volk aufflammen in gerechtem Zorn, dann wird die Heimat das wunderbare Bild des Zusammenhaltens und Ausharrens schauen, dann werden wir der Welt beweisen, daß das deutsche Volk in seiner Einigkeit unüberwindlich ist. (Lebh. Beif.)

In der innern Politik ist auf die Osterbotschaft die Ankündigung des gleichen Wahlrechts gefolgt, nicht so frühzeitig, wie es erwünscht gewesen wäre. (Sehr richtig!) Meine Partei hat jede Einmischung des Reiches in diese preußische Angelegenheit abgelehnt. (Hört, hört! rechts.) Aber bei der Bedeutung, die die politische Haltung des führenden Bundesstaates für das ganze Reich hat, hielten wir uns berechtigt auszusprechen, daß das Wahlrecht, das die meisten Bundesstaaten den Wählern gewähren, auch in Preußen gewährt werden muß, ganz besonders nach diesem Kriege, in dem der letzte deutsche Mann seine ganze Kraft dem Vaterland zur Verfügung stellt. Wir hoffen, daß die Kundgebung des Kaisers und Königs von Preußen ohne innere Kämpfe möglichst bald und vollkommen zur Durchführung kommt. Auch in der

**Frage der Parlamentarisierung**

will meine Fraktion den bundesstaatlichen Charakter des Reiches gewahrt wissen, sie denkt nicht daran, alle obersten Reichsstellen mit Parlamentariern besetzt zu sehen. (Zuruf rechts: Alle!) Nun, für so unfähig werden Sie doch die Parlamentarier nicht halten, daß nicht etliche das eine oder das andre Amt ausfüllen können. (Heiterkeit.) Die geringe Fühlung zwischen Regierung und Parlament haben wir bedauert und glauben, daß diesem Uebelstand durch Berufung von Kräften aus dem Parlament abgeholfen werden soll, wir sehen auch nicht ein, daß solche Fühlungnahme mit Parteien verfassungswidriger sein soll, als die Fühlungnahme mit allen möglichen unverantwortlichen Stellen und Persönlichkeiten. (Lebh. anhaltender Beif. b. d. Mehrheit.)

Das Amt des Kanzlers hat den Inhaber gewechselt. Es hat etwas Tragisches, daß der Mann, der mit allen Mitteln den Frieden zu erhalten suchte, fallen mußte, als der Reichstag sich zur Friedenskundgebung entschloß, und daß die Volksvertretung ihn in dem Moment scheiden ließ, als er es unternahm, ihre Rechte zu vermehren. Was Herr v. Bethmann während seiner 8jährigen Tätigkeit und namentlich während des Krieges im Zusammenhalten des Volkes geleistet hat, soll nicht vergessen werden. Dem neuen Reichskanzler kommen wir mit dem Vertrauen entgegen, dessen er zur Leitung der Staatsgeschäfte in so ernster Zeit bedarf. Wir hoffen, daß er mit den gesellschaftlichen Vorurteilen brechen wird, die eine volle Ausnutzung aller Volkskräfte so oft verhindern, und daß es ihm gelingen wird, nach glücklicher baldiger Beendigung des Krieges einen Frieden herbeizuführen, der die freie wirtschaftliche und politische Entwicklung des deutschen Volkes sichert, in seinen Grundlagen aber auch die Aussöhnung der Völker erhoffen läßt. (Lebh. Beif. b. d. Mehrheit.)

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Wir waren politische Gegner des zurückgetretenen Reichskanzlers und haben seine Amtsführung oft auf das schärfste kritisiert, unsre Gegnerschaft und Kritik unterschied sich aber von einer andern Art, die persönlich angreift und verleumdet. So weit haben wir es unter dem Burgfrieden gebracht, daß man als Gegner nicht ernst genommen wird, wenn man mit anständigen Waffen kämpft. Ekelhaft und widrig war die Art, wie Herr v. Bethmann-Hollweg von einer Seite behandelt worden ist. Es traten da zutage die bösartigen Intrigen einer Klasse, die sich in ihren Klasseninteressen bedroht fühlte, und zwar von einem Klassengenossen. (Lebh. Zustimm. links. Unruhe rechts.) Was ist dem Reichskanzler nicht alles nachgerufen und nachgespien worden — pfui Teufel. Wäre er schon mit den Ueberzeugungen in sein Amt eingetreten, mit denen er es verlassen hat, wer weiß, ob nicht manches besser gewesen wäre. Freilich war ein Reichskanzler mit solchen Ueberzeugungen vor dem Kriege nicht möglich.

**Die reaktionäre Wirtschaft,**

die das deutsche Volk vor dem Kriege allzu geduldig ertragen hat, ist unsre tragische Schuld. Als Bethmann-Hollweg und andern ernsten Männern unsers Vaterlandes die Augen darüber aufgingen, war es leider zu spät. Das Versprechen des gleichen Wahlrechts hat er uns noch gebracht. Gegen die Parlamentarisierung, die unter allen Umständen kommt, hatte er Bedenken, jene entsetzlichen Bedenken, die man immer zu spät aufgibt. Er war im Grunde genommen: Einsicht ohne starken Willen, und das war zuwenig. Der Himmel behüte uns aber vor einem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170720-19/fragment/page=0003

starken Willen ohne Einsicht. Das könnte unser Land nicht ertragen. Dieselbe Presse, die den Reichskanzler angriff, hat auch den Deutschen Reichstag angegriffen und behauptet, im Reichstag habe eine Panik geherrscht, die Nerven der Abgeordneten seien zerrissen und dergleichen. Ich stelle fest, daß das alles Lüge ist; nichts Wesentliches ist dem Haushaltsausschuß vorgetragen worden, was nicht auch hier schon von unsern Freunden oft gesagt worden ist. Die Sensation war, daß wir nicht mehr allein standen. Das hat eine Panik bewirkt, aber nicht eine Panik des Reichstags, sondern bei ganz andern Leuten, die ihr

**Spiel verloren sehen.**

Wir Sozialdemokraten haben den U-Boot-Krieg bekämpft. Wir sagten, er würde uns auch den Krieg mit Amerika bringen, und sahen darin einen größeren Schaden, als in dem Vorteil seiner Wirksamkeit. Wir drangen nicht durch. Eine wüste Hetze wurde gegen uns entfesselt, die wüsteste Demagogie siegte. Ein Hauptanteil daran gebührt der „Deutschen Tageszeitung"; nie hat ein Blatt seine Leser frivoler getäuscht. (Unruhe rechts.) Sein Mitarbeiter Graf Reventlow gehört zu den Anstiftern des Krieges mit Amerika und vielleicht nicht dieses Krieges allein. In wenigen Monaten, hieß es, würde es gelingen, England niederzuwerfen. Eine Gegenwirkung gegen diese Hetze durch die Presse war nicht möglich, weil die Zensur sie verbot; ebenso wurden die Versammlungen verboten. Noch jetzt darf Herr Mertin in Schlesien gegen den Verständigungsfrieden reden, unsre Leute dagegen nicht für einen Verständigungsfrieden. (Hört, hört! links.) Herr von Heydebrand hat erst kürzlich ausgeführt, binnen zwei Monaten wäre der Krieg durch die U-Boote gewonnen sein. Herr von Heydebrand, Ihre U-Boot-Uhr ist abgelaufen. (Heiterkeit u. Sehr gut! b. d. Soz.) Das waren die Dinge, die Herr Erzberger im Hauptausschuß vorbrachte. Das sicherte auch in die Oeffentlichkeit und da brach die Stimmungsmache zusammen. Daß die U-Boote England ungeheuern Schaden zufügen, hat nie jemand bestritten, aber man hat sie als Mittel bezeichnet, den Krieg in diesem Sommer zu beendigen, und diese

**Illusion ist zusammengebrochen,**

weil sie zusammenbrechen mußte. (Zuruf rechts: Wer hat das gesagt?) Stellen Sie sich doch nicht unwissender, als Sie in Wirklichkeit sind. Diejenigen, die diese Illusion erweckten und am liebsten noch für einige Monate prolongieren wollen, haben dem deutschen Volk einen schlechten Dienst geleistet, denn nur die Wahrheit kann uns nützen, nichts als die Wahrheit, und Wahrheit ist, daß wir diesen Krieg mit militärischen Mitteln ebensowenig zu Ende bringen können wie unsre Gegner. Wir führen drei Jahre Krieg gegen einen Feind, dessen gewaltige Uebermacht sich dank einer geradezu unbegreiflichen Politik im Laufe des Krieges noch vermehrt hat. Noch immer stehen wir ungebrochen da, wir sind noch immer Herren im eignen Land und stehen mit unsern Fronten weit in den feindlichen Landern. Ist das nicht eine ungeheure Leistung! In der Verteidigung sind wir unüberwindlich. Hätten gewisse Leute nicht getan, als ob wir die ganze Welt verschlingen könnten und wollten, so hätten wir heute weniger Feinde und vielleicht schon Frieden. (Zustimmung b. d. Soz.)

Was die Resolution sagt, ist schon lange das geistige Gemeingut des ganzen deutschen Volkes. (Widerspruch rechts.) Mögen die andern Völker diese Stimme hören, mögen sie wissen, daß wir keine Eroberungspläne hegen, daß wir keine Vergewaltigung beabsichtigen, daß wir bereit sind, einen Frieden zu schließen mit internationalen Rechtsgarantien. Wollen die andern Völker das auch, so kann der Krieg morgen zu Ende sein. Wollen sie das nicht, so werden wir weiter kämpfen, aber nicht wir werden dann die Schuld tragen, wenn

**die Welt zur Wüste wird.**

Es kann keinen Reichskanzler geben, der nicht im Sinne unsrer Entschließung handeln müßte. (Sehr richtig!) Es ist zu Ende mit aller Zweideutigkeit. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der wildeste Annexionist als Reichskanzler, der auf einer Friedenskonferenz die alldeutschen Kriegsziele vertreten wollte, würde dort ausgelacht, man würde ihm sagen: Dein eignes Volk will von alledem nichts wissen, dein eignes Parlament steht gegen dich. Mit der Annahme dieser Entschließung wird eine Tatsache geschaffen sein, die ihr entgegenhandelte, könnte das Reich nur zu einem Chaos führen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nützliches leisten kann eine Regierung, die sich dieser Resolution aus Ueberzeugung anschließt. Ist die Regierung, die durch Herrn Dr. Michaelis repräsentiert wird, eine solche Regierung? Sie haben seine Erklärung gehört und werden sich Ihr Urteil bereits gebildet haben. Der Reichskanzler hat gesagt: Nicht um einen Tag dürfe der Krieg weitergeführt werden, um Eroberungen zu machen, wir wollen einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs, einen Frieden, der dauernde Versöhnung ermöglicht. Das sind Ziele, die wir durchaus billigen. Stellen Sie sich vor, eine Resolution, wie wir sie beschließen wollen, würde auch im englischen Unterhaus eingebracht und vom dortigen Kanzler beantwortet, wie sie heute hier beantwortet ist: Morgen könnten die Friedensverhandlungen beginnen. (Lachen rechts.) Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an, wenn ich in einer solchen Situation ein solches Gelächter höre. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Ich nehme an, daß der Herr Reichskanzler beim näheren Nachdenken zu dem Ergebnis kommen muß: eine andre auswärtige Politik als die, die hier vorgezeichnet ist, kann es nicht mehr geben. Einem Reichskanzler, der sie nicht aus Ueberzeugung vertreten könnte, könne man nur den guten Rat geben, einem andern Platz zu machen, der sie aus Ueberzeugung vertreten kann. (Sehr gut! b. d. Mehrheit.)

Eine kraftvolle Politik friedliebender Verteidigung kann nicht getrieben werden ohne ein freudiges Bekenntnis zum demokratischen Fortschritt. In dieser Beziehung klang manches in der Rede des Reichskanzlers ziemlich verbeißungsvoll. befriedigen konnte sie mich nicht. Sollten wir etwa nach einem Reichskanzler, der die Zeichen der Zeit erkannte und doch nicht nach ihnen zu handeln vermochte, einen andern bekommen haben, der sie vielleicht nicht vollkommen erkannt hat? Der neue Reichskanzler wird nur Erfolg haben — den wir ihn im Interesse des Reiches sicher alle wünschen — durch die Vollziehung dessen, was sein Vorgänger uns angekündigt hat. Wir brauchen einen Kanzler, der uns hilft, uns von dem Dreiklassenwahlrecht und von dem

**veralteten Obrigkeitsstaat**

zu befreien (Sehr richtig!), der den Weg zu neuen Regierungsformen auch im Reiche öffnet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Schnell muß geschehen, was notwendig ist. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) Das deutsche Volk will Taten sehen. Möge der Reichskanzler dafür sorgen, daß nicht etwa die Legislaturperiode des Preußischen Abgeordnetenhauses verlängert wird und daß die Wahlrechtsvorlage schon im Herbste den Landtag beschäftigt. Nur auf diesem Wege kann der Friede gesichert und eine bessere Zukunft des Volkes erreicht werden. Der demokratische Fortschritt ist nicht mehr ein Parteiziel, sondern ein deutsches Volksziel geworden. (Sehr wahr! b. d. Mehrheit.) Wer uns auf diesem Weg entgegentritt, den halten wir für einen Schädling an unserm Volk und werden ihn mit allen Kräften bekämpfen, sei er wer es sei. (Bravo! b. d. Soz.) Große Dinge müssen geschehen, wenn Deutschland die Freiheit nach innen und außen gewinnen soll. Was wir dazu vor allem gebrauchen, ist die Befreiung der Presse von den schmachvollen Fesseln der Zensur (Bravo! bei den Sozialdemokraten), die mit Erlassen regiert und mit Verboten terrorisiert. Den Zensurmaßnahmen gegen die „Frankfurter Zeitung" reihte sich würdig das Verbot der „Zukunft" an. Glaubt jemand, daß es nach Stärke aussieht, wenn die Zensur solche Nervosität zeigt? Die Breslauer „Volkswacht" durfte bei dem letzten Verbot ihren Lesern nicht mitteilen, daß sie verboten sei, sondern mußte sagen, sie habe ihr Erscheinen eingestellt. (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.) Das mußte den Eindruck erwecken, als sei das Blatt geschäftlich zusammengebrochen. Das ist ein direkt abscheuliches Verfahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Erfolg ist gewesen, daß ihre Auflage von 45 000 auf 50 000 gestiegen ist. (Bravo! b. d. Soz.) Das Verbot der Verbreitung zweier Artikel in der „Leipziger Volkszeitung", die sich gegen die sozialdemokratische Fraktion richten, als Flugblatt geht ebenso über die Hutschnur wie das Verbot der Verbreitung von Reichstagsreden. Was denken sich eigentlich diese Leute bei solchen Verboten? Sind sie wirklich so unglaublich beschränkt (lebhafte Zurufe b. d. Soz.: O ja!), zu glauben, daß wir ihnen Dank wüßten, wenn sie eingreifen wie im Leipziger Falle? Solche Bärendienste verbitten wir uns entschieden. Der „Vorwärts", der durch sein unerschrockenes Verfahren der ganzen deutschen Presse etwas mehr Luft der Zensur gegenüber verschafft hat, wird mit Verwarnungen überschüttet. Man sollte der Presse mehr Papier geben und nicht so viel Papier an unsinnigen Verboten und Mahnungen vergeuden. (Sehr richtig!) Noch in den letzten Tagen ist das unsinnige Verbot an die Presse ergangen, über die Neubesetzung wichtiger Reichsämter etwas zu schreiben. (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Mehrheit.) Das ist ein unerträglicher Zustand. Fort mit dem Zwange zur Lüge, den man mit einem Fremdwort Zensur nennt (Sehr gut! b. d. Soz.), und der leider in allen Ländern zur Verlängerung des Krieges beiträgt. Nur durch die Wahrheit kommt der Friede. Wir fordern weiter von dem Reichskanzler die Freilassung der verurteilten politischen Verbrecher. Erfüllt ist die Forderung — in Rußland und Oesterreich! Oeffne man all den Männern und Frauen, die nach ihrer Ueberzeugung ihre persönliche Freiheit für den Frieden eingesetzt haben, die Türen der Gefängnisse und Zuchthäuser. Oeffnen Sie die Tore für Liebknecht und für alle andern, deren persönliche Ehrenhaftigkeit nicht einen Augenblick in Zweifel gezogen werden kann. (Zuruf von den Unabh. Soz.: Sie haben kein Recht, für Liebknecht zu sprechen! Stürmische Heiterkeit.) Auch die Opfer der Brotkrawalle in Stralsund und Düsseldorf verdienten Berücksichtigung. Das Blut erstarrt einem in den Adern wenn man liest, daß in Düsseldorf vom Kriegsgericht über 185 Personen 116 Jahre Zuchthaus und 146 Jahre Gefängnis verhängt worden sind. (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.) Unter den Verurteilten befinden sich Jugendliche und auch Kriegerfrauen. Stellen Sie sich einen Mann vor, der draußen im Felde das Land mit seinem Leibe deckt, während seine durch Sorgen nervös überreizte und durch Aufregung mißleitete Frau ins Zuchthaus gesperrt ist. Schaffen Sie ein Werk der Befreiung und der Versöhnung. Denken Sie dabei auch an die vielen, die wegen wirklicher oder vermeintlicher militärischer Vergehen auf Grund drakonischer Strafbestimmungen sehr leiden müssen. Geben Sie ihnen die Freiheit wieder. (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Im Sinne der von uns mit eingebrachten Entschließung werden wir die neuen Kredite bewilligen. Nicht etwa, um dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum auszustellen. Wir haben die Kredite immer nur unserm Lande bewilligt, wir bewilligen sie dem deutschen Volke, von dem wir wissen, daß es zu neun Zehnteln auf dem Boden unsers Friedensprogramms steht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Reichstag aber rufe ich zu, möge er sich in dieser Zeit als eine wahre und starke Volksvertretung bewähren. Es ist ein Zeichen von erwachendem Kraftbewußtsein, wenn der Reichstag aus eigner Willensentschließung der auswärtigen Politik des Landes die

**Richtlinien vorschreibt,**

die, auch gezeichnet, auch unabänderlich sind. Abenteuer wie das mexikanische, wie das von Christiania, die wir aufs schärfste mißbilligen, müssen in Zukunft unmöglich sein. (Sehr gut! b. d. Soz.) Heute sind es nicht mehr diesorniegen Stimmen der Machthaber, die über Kriegsschuld und Kriegsziele reden. Jetzt spricht wie in Stockholm Volk zum Volke, Menschen reden zu Menschen und fordern sich auf, untereinander einen ehrlichen Frieden zu schließen. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.) Möge der Sieg, nicht der Waffen und einer Partei, sondern der Sieg der Freiheit und der Vernunft diesen Krieg beenden. Er ist der Tyrann, der alle Völker knechtet. Aber in allen Ländern regt sich der Kampf gegen ihn, und wenn wir helfen, ihn zu beenden, ohne unser Recht und unsre Ehre preiszugeben, dann sind wir nicht schwach, sondern stark. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aus Schwäche schleppt die Menschheit diesen unglückseligen Kriege weiter. Was die Welt braucht, ist der Wille und die Kraft zum Frieden. (Stürm. Beif. b. d. Soz.)

Abg. **v. Payer** (Fortschr. Vp.): Wir bedauern den Rücktritt Bethmanns. Eine spätere Zeit wird seine Verdienste erkennen. Die Demokratisierung des Reiches muß kommen. Das Königswort in Preußen muß so rasch wie möglich erfüllt werden. Solange die Parlamentarisierung nicht vollständig ist, brauchen wir Notbehelfe, vielleicht durch einen Friedensbeirat des Reichstags.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Die Feinde deuten unsre Friedensbereitschaft nur als Zeichen des Niederbruchs. Wir bedauern den Schritt der Mehrheit, weil er den Mut der Feinde stärkt, den Krieg verlängert, die Sicherung unsrer deutschen Zukunft preisgibt und unsern heldenhaften Truppen nicht gerecht wird. (Bravo! rechts. Unruhe links.) Unsre Grenzmarken müssen besser geschützt sein als bisher. Die Gunst der militärischen Lage müssen wir voll ausnutzen. Wir lehnen die vorgelegte Entschließung einstimmig ab. (Bravo! rechts.)

Abg. **Prinz zu Schönaich-Carolath** (natl.): Wir sind bereit, in einen Ausgleichsfrieden zu willigen, aber ein neues Angebot können wir nicht machen und lehnen deshalb die Resolution einmütig ab.

Abg. **Warmuth** (Dt. Fr.): Wir halten die vorgeschlagene Kundgebung für äußerst schädlich.

Eine von den Unabhängigen Sozialisten eingebrachte Entschließung tritt für einen Frieden ohne Angliederungen irgendwelcher Art und ohne Kriegsentschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein, sowie für die Wiederherstellung Serbiens und Belgiens, und verlangt internationale Abkommen über allgemeine Abrüstung, Freiheit des Handels und Verkehrs, Schutz der nationalen Minderheiten. Den Abschluß dieses Friedensprogramms soll die Schaffung einer sozialen Republik bilden.

Abg. **Haase** (Unabh. Soz.): Der Zweideutigkeit ist kein Ende gemacht worden. Der Reichskanzler nimmt die Mehrheitsresolution zu an, „wie er sie auffaßte". Er ist nicht der Vertrauensmann des Parlaments, sondern der Hindenburgs und Ludendorffs, die Annexionisten sind. Der Kanzler hat erst ihre Zustimmung eingeholt. Das ist eine Brüskierung des Parlaments. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Die Demokratisierung wird nicht durch Parlamentarisieren kommen, sondern durch den Kampf der Massen. Die vorgeschlagene Resolution ist für uns unannehmbar. Ihre Darstellung vom Kriegsausbruch ist unhaltbar. Nur ein klares Bekenntnis zu dem Programm des Arbeiter- und Soldatenrats kann den Frieden fördern. Wir beantragen eine solche Entschließung, die den Frieden ohne Angliederung irgendwelcher Art und ohne Kriegsentschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker fordert; wir verlangen weiter internationale Abkommen über allgemeine Abrüstung und Schutz der nationalen Minderheiten; nur die soziale Republik kann eine dauernde Friedenssicherung schaffen. Zur Friedens- und Kriegspolitik der Mehrheit und der Regierung haben wir kein Vertrauen. Wir lehnen deshalb auch diesmal die Kriegskredite ab. (Beif. b. d. Unabh. Soz.) Redner erörtert dann eingehend die unerträglichen Zensurverhältnisse und die harten Urteile gegen politische Demonstranten. Es ist eine Schmach, daß ein Mann wie Liebknecht im Zuchthaus sitzt. (Abg. Rühle ruft: Liebknecht hungert im Zuchthaus!) Präsident Dr. Kaempf ruft Liebknecht zur Ordnung. Abg. Rühle wiederholt andauernd denselben Zwischenruf.) Die Arbeiter wollen in allen Ländern den Frieden. Die Völker wollen sich nicht gegenseitig morden, sie wollen wieder zusammen arbeiten im Werken der Kultur. (Lebh. Beif. b. d. Unabh. Soz.)

Abg. **Seyda** (Pole): Die Resolution der Mehrheit ist uns sympathisch, aber sie wird dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht voll gerecht. Wir enthalten uns deshalb.

Abg. **Hanssen** (Däne): Ich stimme der Resolution zu.

Damit schließt die Debatte. Die Kriegskredite werden in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Unabh. Soz. bewilligt. Die Entschließung der Unabhängigen wird gegen deren Stimmen und die des Abg. Hoch (Soz.) abgelehnt. Darauf wird die Resolution der Mehrheit mit 215 gegen 116 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen.

Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erheben die Unabh. Soz. Widerspruch. Infolgedessen beraumt der Präsident dafür eine neue Sitzung auf Freitag vormittag 11 Uhr an.

Schluß 7½ Uhr. —

* * *

## Notizen.

**Ueber angebliche Unruhen in Berlin** verbreitet Wolffs Telegraphenbureau folgende Meldung: Von böswilligen Schwätzern werden Gerüchte verbreitet, die von Unruhen in Berlin im Anschluß an einige Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten zu erzählen wissen. Wie das Wolffsche Telegraphenbureau dazu von zuständiger Stelle erfährt, sind diese Gerüchte aus der Luft gegriffen. Tatsache ist nur, daß sich am Dienstag abend im Norden Berlins von dem einen Versammlungslokal aus ein Zug von noch nicht 500 Personen in Bewegung gesetzt hat, der sich bald von selbst zerstreute. Lose Teile dieser Menge begaben sich mit Omnibussen und Straßenbahnen nach dem Stadtinnern und versuchten dort unter Führung eines bekannten Landtagsabgeordneten in der üblichen Weise durch Lärmen zu demonstrieren. Diese Trupps in Stärke von zusammen noch nicht dreihundert Personen wurden durch die Polizei mühelos und ohne jeden Zwischenfall südwärts und nordwärts der Linden zerstreut. Dem Ursprung der übertriebenen Gerüchte wird von seiten der Behörden nachgegangen. —

*

**Für Friedrich Adler.** Der ruthenisch-sozialdemokratische Abgeordnete Wytik richtete an den Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses Groß eine schriftliche Anfrage, in der er ihm nahelegt, für eine Begnadigung Friedrich Adlers einzutreten. Präsident Groß erwiderte schriftlich, er halte sich nicht für befugt, in den Gang der Rechtsprechung einzugreifen. —

*

**Französische Sozialisten zur deutschen Krisis.** „Journal du Peuple" meldet, daß die Mitglieder der Minderheit der französischen sozialistischen Partei in einer Versammlung die politische durch die deutsche Krise geschaffene neue internationale Lage besprochen haben. Die Versammlung kam zu der Ansicht, daß die neue Lage auch der französischen sozialistischen Partei eine veränderte Haltung zur Pflicht mache. Nach einer Zensurlücke berichtet das Blatt ferner, daß eine am Schluß der Versammlung angenommene Tagesordnung auf sofortiger Einberufung des Nationalkongresses der französischen sozialistischen Partei besteht.

*

**Truppenverschiebungen in Mazedonien.** Nach zuverlässigen Meldungen finden in den letzten Wochen in Mazedonien ausgedehnte Truppenverschiebungen statt. Französische Truppenverbände werden aus Mazedonien über Italien nach Frankreich abtransportiert. Die zurückkehrenden französischen Truppen werden vorläufig in den Departements Savoyen und Aix untergebracht, da man infolge ihrer schlechten körperlichen und moralischen Verfassung eine ungünstige Beeinflussung der Stimmung in Frankreich befürchtet. Die durch den Abtransport an der mazedonischen Front entstehenden Lücken sollen durch farbige Infanterie, durch Griechen und Italiener ausgefüllt werden. —

* * *

# Artillerieschlacht in Flandern.

**W. T. B. Großes Hauptquartier, 19. Juli 1917. (Amtlich.)**

### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**

**In Flandern nimmt die Artillerieschlacht ihren Fortgang. Trotz Regen war die Kampftätigkeit der zusammengezogenen Artilleriemassen bei Tage und während der Nacht sehr stark.**

**Gewaltsame Erkundungen der Engländer im Küstenabschnitt und östlich von Ypern wurden vor unsern Linien zum Scheitern gebracht.**

**An der Artoisfront war die Feuertätigkeit an mehreren Stellen vom La-Bassée-Kanal bis auf das Südufer der Scarpe lebhaft.**

**Südwestlich von St.-Quentin stürmten hessische Truppen nach starker Feuerwirkung die französische Höhenstellung in 1 Kilometer Breite. Der Feind ließ eine größere Anzahl von Gefangenen und mehrere Maschinengewehre in unsrer Hand und erbeute seine Verluste durch Gegenangriffe, die abends und morgens vor den gewonnenen Gräben ergebnislos zusammenbrachen.**

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**

**Die Gefechtstätigkeit verlief meist in geringen Grenzen, zeitweilig lebte sie in einzelnen Abschnitten an der Aisne, in der Champagne und auf dem linken Maasufer auf. Am Hochberg zwang unser Zerstörungsfeuer die Franzosen, Teile des kürzlich dort gewonnenen Bodens zu räumen. Im Walde von Avocourt führte ein eigner Angriff zur Wiedernahme einiger tags zuvor verlorner Stellungsteile.**

**Heeresgruppe Herzog Albrecht.**

**Nichts Neues.**

### Oestlicher Kriegsschauplatz.

**Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.**

**Die schon seit Tagen regere Gefechtstätigkeit südlich von Dünaburg und Smorgon hielt auch gestern an.**

**Nordwestlich von Luzk und an der galizischen Front brachten Stoßtruppunternehmen, die auch eine Zunahme des Feuers zur Folge hatten, zahlreiche Gefangene ein. Südlich des Dnjestr griffen die Russen die kürzlich von uns zurückgewonnenen Höhenstellungen mit starken Kräften an; sie sind überall unter schweren Verlusten geschlagen worden.**

**Zwischen den Karpathen und dem Schwarzen Meere keine größern Kampfhandlungen.**

**Mazedonische Front**

**Zwischen Ohrida- und Prespasee, am Dobropolje und an dem linken Vardarufer lebhaftere Feuertätigkeit.**

**Der Erste Generalquartiermeister**
**Ludendorff.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170720-19/fragment/page=0004

# Beilage zur Volksstimme.

**Nr. 43.** **Halle, Freitag den 20. Juli 1917.** **1. Jahrgang.**

## Halle und Saalkreis.

Halle, 20. Juli 1917.

### Politisches Schaukelspiel.

Die Zeitung soll ein fester politischer Wegweiser sein. Das ist sie aber nicht immer, wie folgende Zusammenstellung von Zeitungsausschnitten nur aus den letzten 10 Tagen beweisen mag:

Dienstag den 10. Juli.

Die Feinde arbeiten fortgesetzt mit der Verleumdung, Deutschland bedrohe mit seinen Kriegszielen die Rechte und Freiheiten der andern Völker und trage sich mit Eroberungs- und Vergewaltigungsabsichten. Wenn man diese falschen Behauptungen entkräften könnte, würde man **einem Frieden der Verständigung und Versöhnung wertvolle Vorarbeit leisten.** Der Reichstag ist eben dabei, eine Form hierfür zu suchen. Eine starke Mehrheit aus allen Parteien mit Ausnahme der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokratie hat sich zu gemeinsamen Beratungen zusammengefunden. Es ist bis jetzt Aussicht, daß sie zu dem gewünschten Ziele führen.

Mittwoch den 11. Juli.

Weniger als auf innerpolitischem Gebiet scheint die Einheit der Parteien hinsichtlich des kriegspolitischen Verhaltens gesichert. Nach den jammervollen Erfahrungen aber, die wir von jeher mit unsrer über jeden Zweifel erhabenen, weil von Grund aus ehrlichen Friedensbereitschaft gemacht haben, gilt es immer von neuem zu betonen, daß hier **das einzig Erstrebenswerte unser Sieg ist!** Denn erst nach diesem werden uns unsre in blindestem Haß verrannten Feinde die Möglichkeit zum Frieden wieder gewähren!

Die geradezu fürchterliche Wirkung des übermäßigen deutschen „Friedensgeredes“ in England aber usw.

Montag den 16. Juli.

Auch der neue Reichskanzler wird nur zu wählen haben zwischen Billigung oder Verwerfung der Kriegszielresolution. Billigt er sie, so setzt er damit auch für seine Person den bisherigen Reichskurs geradlinig fort: „uns treibt nicht Eroberungslust“. Verwirft er sie, so **kommt er von vornherein in schwere innere Konflikte mit der Reichstagsmehrheit,** die auch ohne den sicher zu erwartenden Zuzug von andern Fraktionen heute bereits über 240 unter 397 Stimmen verfügt. Selbst in weniger kritischen Zeiten als den heutigen könnte in Deutschland der leitende Staatsmann damit seine Regierung nicht beginnen.

Donnerstag den 19. Juli.

Dieser ungebrochene deutsche Siegeswille wird nachweislich von keinem vernünftigen Deutschen irgendwie in Zweifel gezogen; sondern jeder weiß, daß das, was wir schließlich erreichen, **nur davon abhängt, wie weit die militärische Lage beim Friedensschluß zu unsern Gunsten** sich neigt! Deshalb wäre es, schon nach den schlimmen Erfahrungen anläßlich unsrer Friedenskundgebung vom Dezember 1916, entschieden besser gewesen, den bloßen Gedanken einer neuen derartigen Kundgebung als überflüssig unausgesprochen zu lassen! Oder ist denn irgend etwas geschehen, wodurch sie plötzlich notwendig wurde??? **Wir wüßten nichts!**

Solche sich gegenseitig ins Gesicht schlagenden Aeußerungen sind natürlich nicht dazu angetan, dem Leser der betreffenden Zeitung eine feste politische Meinung zu verschaffen, es müßte denn sein, er gehörte zu jenen Bevölkerungskreisen, die je nach den eingehenden politischen Meldungen bald himmelhoch jauchzend, bald zu Tode betrübt sein können. Am merkwürdigsten ist aber, daß derartiges von einem so sehr liberal sein wollenden Blatte wie der „Hallischen Allgemeinen Zeitung“ — aus der diese Aeußerungen stammen — ausgeht, die doch jetzt wenigstens etwas fester geworden sein sollte, wenn auch nicht im Liberalismus, denn das würde ihr hierbei sehr wenig nützen. —

* **Aenderung der Ausgabe von Zusatzbrotmarken.** Von den Unternehmern wird noch immer unterlassen, das Ausscheiden solcher Arbeiter aus dem Arbeitsverhältnis anzuzeigen, die Zusatzbrotmarken erhalten. Da mit den zugeteilten beschränkten Mehlmengen hausgehalten werden muß, so wird von jetzt an nur noch solchen Anträgen auf Gewährung von Zusatzbrotmarken stattgegeben, denen gleichzeitig eine Aufstellung des Unternehmers darüber beigefügt ist, welche Arbeiter in seinem Betrieb ausgeschieden sind. Vordrucke zu Anzeigen über die Kürzung von Zusatzbrotmarken sind in den städtischen Markenausgabestellen erhältlich. Diese Anzeigen sind an den Magistrat — Kriegsbrot-Ausschuß — neben den dem Ernährungsamt einzureichenden Veränderungsanzeigen einzusenden. Die Unterlassung der Anzeigen ist strafbar. —

* **Obstverkauf im Saalkreis.** Für den Kleinverkauf der Oebster hat der Kreisausschuß für den Saalkreis die Verkaufszeiten für Obst an den Betriebsstätten der Erzeuger auf täglich von 6 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und die Höchstmenge des an ein und dieselbe Person abzugebenden Obstes auf 5 Pfund festgesetzt. —

* **Neue Maßnahmen gegen den Kettenhandel.** Der Reichskanzler hat, wie die „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt“ schreiben, einige ergänzende Bestimmungen zur Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels erlassen. Durch sie wird zunächst den zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln zugelassenen Händlern die Verpflichtung auferlegt, auf schriftlichen und gedruckten Mitteilungen, die sie im geschäftlichen Verkehr versenden, den Tag der Zulassung sowie die Stelle zu vermerken, die sie zugelassen hat. Diese Vorschrift, die bereits in einigen Landesteilen in Geltung war und jetzt auf das ganze Reichsgebiet erstreckt ist, soll eine wirksamere Kontrolle der nicht zugelassenen Händler ermöglichen und besonders dazu beitragen, diese von dem Geschäftsverkehr mit Kommunalverbänden und sonstigen behördlichen Großverbrauchern sicherer auszuschließen, als dies bisher möglich gewesen war. Eine weitere Bestimmung dehnt die Genehmigungspflicht für Zeitungsanzeigen auch auf Anzeigen aus in denen Rezepte zur Herstellung von Ersatznahrungs- und Ersatzfuttermitteln angeboten werden, da diese in letzter Zeit in bedenklichem Umfange zugenommen haben. Endlich ist jetzt, um eine fühlbare Lücke auszufüllen, wie in fast allen neuern kriegswirtschaftlichen Verordnungen allgemein bei Zuwiderhandlung gegen die Verordnung neben der Strafe auch die Einziehung der Gegenstände für zulässig erklärt, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht. —

* **Schwindel mit Waschmitteln.** In den letzten Tagen hat hier ein Mann, der sich Burgelt (oder Burgolt) und Mühlner genannt hat, an Lebensmittelhändler angebliches Persil geliefert und mit je 30 Pfennig berechnet, das kein Persil ist, sondern ein Pulver, das als Waschmittel gar nicht gebraucht werden kann. Den Käufern ist verboten worden, dieses Pulver in den Verkehr zu bringen. Zu seiner Kennzeichnung sei bemerkt, daß die Tüten, in denen es sich befindet, mehrfach „Schneeweiß Waschpulver Gut Billig“ gestempelt sind. Zur Verpackung der Päckchen sind die verschiedensten Kisten verwendet worden, auf denen sich echte Zettel und Aufdrucke finden wie „Schmidts Seifenfabrik“, „Von Döbeln nach Halle“, „Zuckerraffinerie Halle“, „Persil selbsttätiges Waschmittel“, „Henkel & Co.“. Da nun der angebliche Mühlner oder Burgelt bei den Käufern nach leeren Kisten gefragt hat, so ist anzunehmen, daß er auch die gelieferten Kisten gelegentlich einzeln gekauft hat. Falls daher die Verkäufer der Kisten etwas zur Ermittlung des Schwindlers angeben können, werden sie ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden. Der Mann wird beschrieben als etwa 36 Jahre alt, mittelgroß, schlank mit dunkelblondem Haar und Schnurrbart. Er soll mit dem rechten Beine gehinkt haben, angeblich infolge einer Schußverletzung. Bekleidet ist er gewesen mit hellgrauem Jackettanzug, weißer Wäsche, Stehkragen, darunter leichten Gazeverband um den Hals, und schwarzen Schnürschuhen. —

— **Der neuste Nahrungsmittelschwindel.** „Molkereinähreiweiß“ wird zu 2 Mark das Pfund in Dortmund, wahrscheinlich aber in Kürze auch anderswo ausgeboten und stellt sich als ein stark säuerlich schmeckender, schmutzig weiß aussehender, offenbar mit Molken angerührter — Quark (weißer Käse) dar. Der tüchtige Unternehmer läßt sich also seine Verwässerung des Quarks recht anständig bezahlen. —

* **Nur keinen Verständigungsfrieden!** Der Geheime Regierungsrat Professor Dr. Fester hat am Mittwoch in der Universität einen öffentlichen Vortrag über „Die Weltlage am Ende des dritten Kriegsjahrs“ gehalten und sich dabei sehr deutlich für Annexionen und einen sogenannten Siegesfrieden ausgesprochen. Der Grundgedanke seines Vortrags war der kategorische (Willens-) Imperativ: Du kannst, denn du sollst. Deshalb sprach er auch nicht parlamentarischen Mehrheiten die Führung des Volkes zu, sondern Männern wie Bismarck und Hindenburg. Deshalb rät er auch, zu einem Bündnis mit Rußland, dessen natürlicher Bundesgenosse wir seien, nicht durch Friedensangebote, sondern — durch die deutsche Artillerie zu kommen. Deshalb will er auch annektieren, und zwar gleich nach zwei Seiten hin: Der Besitz der kurländischen Küste sicherte uns die Oberherrschaft in der Ostsee, von der flandrischen Küste aus könnten wir einen steten Druck auf die Machtgelüste Englands ausüben. Deshalb ist er auch für ein kontinentales Bündnis, von der Ostsee bis an die Sinaifront. Und deshalb ist er endlich auch für einen Siegesfrieden. Doch das muß man genauer lesen. „Mit einem von uns angebotenen Verständigungsfrieden sagen wir zu England: Nur keine Angst; gib mir ein Zeichen, daß ich loslasse und du kannst mich zu Boden werfen! Ein Verständigungsfriede würde uns für immer aus der Reihe der Großmächte streichen. Der Weltfriede kann nur durch unsern Sieg herbeigeführt werden. Der Tag unsers Sieges läßt sich natürlich nicht wie eine Mondfinsternis berechnen. Aber er wird kommen. Unsre U-Boote werden die Entscheidung bringen. Durch die Verabschiedung der personifizierten Willenslosigkeit ist das stärkste Hemmnis des Siegeswillen unsers Volkes beseitigt worden. Auch das amerikanische Heer wird uns nicht schrecken. Durch die Mobilmachung der Idee der Demokratie sucht man einen Druck auch auf unser Volk auszuüben; aber der Ansturm der Feinde gilt nicht unsrer Regierungsform, sondern dem Werke Bismarcks. Man sucht die Einigkeit unsers Volkes zu zerstören. Es gibt für uns nur Sieg oder Untergang. Die Reichstagsmehrheit schreckt uns nicht: sie würde, wie 1906, durch eine Neuwahl hinweggefegt werden.“ Der Herr Professor ist ja seiner Sache sehr sicher, er scheint auch recht tatkräftig zu sein. Doch wird er wohl uns und sehr vielen seiner Zeitgenossen (wenn wir so sagen dürfen) erlauben müssen, über alles das wesentlich andrer Meinung zu sein, wenngleich wir auch ruhig gestehen wollen, daß wir in bezug auf Kathedertemperamente recht schlecht beschlagen sind. Vor allem aber halten wir es mit einer Erweiterung des hier angewandten philosophischen Satzes, und zwar dahingehend: Du kannst, denn du sollst — vernünftig sein!“ —

— **Man kriegt ja alles!** Die Münchner alldeutsche Zeitschrift „Die Wirklichkeit“ schildert folgendes Reiseerlebnis: In meinem Abteil fuhr eine wohlbeleibte Berliner Dame. Ihren Reden nach zu schließen, reist sie in das gelobte Süddeutschland, um sich von einem andauernden langsamen Hungertode zu erholen. Ihr Gegenüber, ein frischer, älterer Herr, dessen dicke, rote Backen nichts von Mangel verrieten, nickte zur Bestätigung mit dem Kopfe. Hernach wurde er vertraulicher und erzählte, er würde von seinen Ferienwirten in Mecklenburg beliefert. Der biedere Herr gab sich als ein Regierungsrat aus dem Reichsamt des Innern zu erkennen. Nun öffnete auch die dicke Dame ihr verfettetes Herz und erklärte, hinten herum erhielte sie ja auch Eier, das Stück für 50 bis 60 Pfg., überhaupt wenn man Geld aufwendete, kriegte man ja „alles.“ — Also hat es noch keine Not, wenn Geld genügend vorhanden ist. —

* **Von der Halle-Hettstedter Eisenbahn-Gesellschaft, A.-G.,** wird berichtet: Der Aufsichtsrat, dem in seiner Sitzung am 18. d. M. der Geschäftsbericht und Abschluß für das Jahr 1916/17 vorlag, beschloß, der am 19. September stattfindenden ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, auf das gesamte Aktienkapital wie im Vorjahr 3½ Prozent Dividende zu verteilen und 76 362,93 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. —

* **Aehrendiebstahl.** Am Bergschenkenweg wurden zwei Frauen, in der Gimritzer Flur zwei Kinder und in der Trothaer Flur eine Frau beim Aehrendiebstahl betroffen. —

## Rotes Flamenblut.

Roman von Pierre Broodcoorens.

Einzige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaf.

(22. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

11.

Zur selben Stunde schnarrten bei den Titters unter den verräucherten Deckenbalken noch zwei Handschuhnähmaschinen. Eine dritte stand unbeschäftigt im Dunkel beim Kamin, eine durchlöcherte Schürze über das Gehwerk geworfen, um es vor dem feinen Staub zu schützen, der beständig von der Bewegung der Pedale und der Handgriffe aufgeweht wurde. Einander gegenübersitzend waren bei dem blakenden Licht einer schirmlosen Lampe, die auf einem Konsol zwischen den Fenstern stand, Florine und Palmyre fieberhaft bei der Arbeit. Sie waren die beiden Jüngsten; Florine, nach Auré geboren, war ein Jahr älter als Palmyre, die in ihrem sechzehnten stand. Ueber die Arbeit gebeugt, wechselten sie kaum ab und zu ein Wort. Neben ihnen lag auf einem Strohstuhl ein Packen schwarzer Handschuhe. Es waren drei Dutzend in zwei Haufen: der eine bestand aus den von den Brüsseler Zuschneidern zurechtgeschnittenen Lederstücken mit weißer Kehrseite, auf die ein Fabrikstempel aufgedrückt war; der andre aus den genähten Paaren. Der erste Haufen war erst zu einem Drittel fertig. Ein kupferner Schraubstock auf einem hölzernen Gestell stand unter den Gewichten einer Standuhr hinter Florine.

Es war ein elendes Loch mit einem Flächeninhalt von höchstens vier Metern im Quadrat. Die Höhe war nicht über ein Meter siebzig, was dem Luftinhalt eines Stalles gleichkommt. Den Tag über und einen Teil des Abends hausten hier, bunt durcheinander, sieben Personen, deren Atemzüge sich mischten, die Stirn an Stirn und Ellbogen an Ellbogen stießen. Sonntags, wenn Hektor von Fontaine-l'Evêque zurückgekehrt war, waren sie ihrer acht, die sich in diese sechzehn Meter voll von Feuchtigkeit und üblem Dunst teilten.

Die Wand im Hintergrund war zur Rechten von einem gelben Schranke, der mit seinem obersten Rand an die schwarzen Deckenbalken stieß, eingenommen, zur Linken von einem Kleiderriegel, der dicht mit zusammengeflickten und schmutzigen Kleidungsstücken behängt war. Ueber diesem namenlosen Plunder stand die Tür eines Hängebodens offen, zu dem eine Stufenleiter hinaufführte. In der Mitte der Wand gegenüber gähnte eine dritte Tür, die zum Schlafgelaß der Mädchen führte. Der Tisch, dessen Platte mit Zink belegt war, stand auf seinen gedrungenen Füßen als einziges Möbel in der Wohnung. Auf dem Fußboden war ein Durcheinander von Abfällen, von Fadenenden, von Brotkrümeln. Und plumpe Sohlen hatten überall die von den Feldern mit hereingeschleppten Erdklumpen herumgetreten. Ein abgemagerter, verschmierter Christus, neben ihm ein vergilbtes Buchsbaumzweiglein, tronte mit seinen fünf Wunden und seiner ewigen Kreuzigung in der Scheußlichkeit dieser Höhle, wo Männer und Weiber wie Tiere vegetierten.

Der Alte, Jannah, die von einer Migräne geplagt war, und Saucipanne, der jüngste der Knaben, schliefen schon unter dem feuchten Strohe des Daches, Florine und Palmyre mit ihren blaß schimmernden blonden Haaren schoben unaufhörlich die Stücke unter die Stahlnadel der Maschinen. Zuweilen verlangsamten sie mit einem Griffe der Rechten die Bewegung des Eisenhebels, der dann stillstand, um unter einem neuen Antrieb gleich wieder sein schwindelnd schnelles Ticken aufzunehmen.

Um die hohlen Augen der mitten in ihrem Wachstum abgeblühten Mädchen lagen blaue Ränder. Die Blutarmut fraß ihnen allmählich die roten Blutkörperchen. Ihre eingesunkenen Schläfen, ihre bleichen, alten, faltigen Gesichter, ihre abstehenden, blutlosen Ohren, ihre durchsichtigen Hände mit den aufgewölbten Nägeln sprachen von einer langsamen vorzeitigen Abnutzung durch diesen Luxus, der einen Haufen ihnen unbekannter Nichtstuer jenseits des Meeres mit Handschuhen versah.

Schlag einhalb elf Uhr erhob sich Palmyre und warf eine Schaufel Kohlen aufs Feuer.

Sicher brauchen sie starken Kaffee, wenn sie kommen, um nüchtern zu werden,“ sagte sie, den Wasserkessel hervorholend und ihn mit bedenklicher Miene schüttelnd.

„Laß sie brauchen, was sie wollen,“ tobte Florine. Sie wissen ja, daß zu arbeiten da ist. Jannah und Auré haben noch jede zwei Dutzend Hauben zu sticken. Und dann Hilla. Die hat sich gut lustig machen, die! Seit wir alt genug sind, um zu nähen, kümmert sie sich den Teufel noch um was. Auf uns liegt alles!“

„Lämmchen, man muß Geduld haben,“ besänftigte die weniger verärgerte Palmyre. Sie sah, wenn auch noch undeutlich, die Freiheit vor sich, da sie schon einen Verehrer hatte, den Metzgerburschen von Monck Pattets auf dem Marktplatz von Opbrakel.

Plötzlich entfuhr ihr ein Fluch.

„Teufel nich noch mal!“ rief sie. „Er hat auch noch vergessen, Wasser zu besorgen. Jetzt muß ich selber gehen. Das soll er mir aber bezahlen!“

Sie ging hinaus und kam, unter der Last eines vollen Eimers gebeugt, gleich darauf zurück.

Florine fuhr sie an.

„Du, nichts kann Dich aufbringen! Dir ist es ganz einerlei, dies Hundeleben! Du bist auch nur schuld, daß wir nicht mit den andern in den Streik eingetreten sind vor drei Wochen. Ich bin anders. Ich hab's satt. Ich fühle mein Kreuz und meine Beine nicht mehr. Trotz der dreißig Centimes Zulage aufs Dutzend, die wir seit der Versammlung von Audenhove haben, möchte ich lieber Kuhhirtin bei Balck oder Listel sein. Man ist wenigstens in der frischen Luft.“

„Du würdest nicht viel besser dastehen, hättest fünf Stüber den Tag; zudem will's Hilla nicht.“

„Ich weiß,“ seufzte das Mädchen ergeben.

Sie erhob sich und reckte sich gähnend, die Hände im Genick verschränkt.

„Einer muß Herr sein,“ sagte Palmyre wichtig. „Sie ist die älteste. Mir ist es lieber, daß sie's ist, die kommandiert. Ein Unglück, wenn's der Alte wär. Es bliebe uns nicht ein Heller.“

„Das ist wahr,“ stimmte Florine bei. „Er würde alles versaufen, der Kerl.“

„Und schon über siebzig alt, nicht? Es ist 'ne Schande.“

„Pah! Was würde man selber davon haben! Der Teufel wäre los, wenn man nach seinem Tode fünf- oder sechshundert Franken finden würde, um sich drein zu teilen — 'nen blauen Lappen für jeden. Da ist's noch besser, daß er sich betrinkt, wenn ihm das Spaß macht.“

„Vielleicht!“ antwortete Palmyre nachdenklich, das Kinn in die Hand stützend.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170720-19/fragment/page=0005

* **Gegen rücksichtslose Eisenbahnreisende.** Wiederholt ist in der Presse darüber geklagt worden, daß die Ordnung in den Zügen zu wünschen übrigläßt. Gewisse Reisende glauben, sich über alle Bestimmungen hinwegsetzen zu dürfen, nehmen eigenmächtig und ohne Not in Abteilen höherer Klasse Platz, belegen unberechtigt Plätze, um sich ein bequemeres Sitzen zu sichern, rauchen in Nichtraucherabteilen usw. Aus diesem Grunde sind die Zugmannschaften und Zugrevisoren neuerdings angewiesen worden, die Züge verschärfter zu überwachen und gegen Verstöße der bezeichneten Art unnachsichtlich einzuschreiten. —

— **Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbegerichte usw. verlängert.** Eine Bekanntmachung, die im „Reichsanzeiger" veröffentlicht wird, bestimmt, daß die Amtsdauer der Beiräte der Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte und Innungs-Schiedsgerichte bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Beendigung des gegenwärtigen Kriegszustandes verlängert wird. —

* **Höchstpreisüberschreitung.** Die Frau Wilhelmine Knobbe, Halberstädter Straße 14 wohnhaft, ist vom Schöffengericht in Löbejün wegen Ueberschreitens der Höchstpreise für Gerstengraupen und Erbsen mit 60 Mark Geldstrafe oder 12 Tagen Gefängnis bestraft worden. —

* **Unfall.** In der Trothaer Straße wurde eine schwerhörige Frau von einem Stadtbahnwagen erfaßt und zu Boden geworfen. Sie erlitt Verletzungen im Gesicht und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. —

## Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

**Kartoffeln:** Auf Abschnitt 15 der Kartoffelkarte außer bei den Händlern auch in der Talamtschule noch am Sonnabend vormittag von 8 bis 12 Uhr ohne Nummereinschränkung auf Abschnitt 72 des Warenbezugsscheins, ausnahmsweise noch am Montag im Kleinhandel.

**Hafermehl:** Von Sonnabend an jede Person $\frac{1}{4}$ Pfund auf Marke 71 des Warenbezugsscheins 7, pro Pfund 44 Pfennig.

**Seefische:** Sonnabend größere Mengen verschiedener Sorten in den einschlägigen Fischgeschäften.

## Aus der Provinz.

### Zur Beseitigung des Gemüsemangels.

Die wichtigste Lebensmittelfrage bildet gegenwärtig die Versorgung der großstädtischen Bevölkerung mit frischem Gemüse. Infolge der mangelhaften Organisation auf diesem Gebiete sind jedoch, wie bekannt, die Zufuhren außerordentlich gering. Um diese Mängel abzustellen, hat der Vorstand des Preußischen und des Deutschen Städtetags dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts die Beschlüsse dieser Körperschaften hierzu übermittelt.

Die Städtetage verlangen die Beseitigung aller Ausfuhrverbote. Sie sind überzeugt, daß hier mit den energischsten Mitteln vorgegangen werden muß, denn alle Großstädte leiden unter dem Ausfuhrverbot in der denkbar schwersten Weise. Weiter wird die sofortige Errichtung von Sammelstellen für Gemüse im Deutschen Reich verlangt. An diese Sammelstellen soll sämtliches Gemüse abgeliefert und von dort aus an die Verbraucher geliefert werden. Ferner müssen scharfe Bestimmungen über die Erfüllung der von den Städten mit den Erzeugern abgeschlossenen Lieferungsverträge erlassen werden und sofort in Kraft treten. Viele Lieferungsverträge sind abgeschlossen, aber nur vereinzelte gehalten worden. Gerade jetzt treten diese Mißstände wieder kraß zutage. Die Vertreter aller deutschen Städte treiben sich im Lande umher, und einer muß den andern überbieten, um wenigstens das Notdürftigste heranzuschaffen. Endlich verlangen die Städtetage die Festsetzung von Höchstpreisen für Dörrgemüse. Sie sind der Ansicht, daß durch die Befolgung dieser Vorschläge dem Mangel an Gemüse sicherlich abgeholfen werden kann.

Wenn hier und da die Meinung vertreten ist, daß die Stadtverwaltungen Schuld an dem Gemüsemangel tragen, so ist das eine irrige Ansicht, denn alle deutschen Großstädte ohne Ausnahme leiden unter dieser Kalamität. Der Fehler liegt nach dem Urteil Sachverständiger in der mangelhaften staatlichen Organisation, die nur durch allgemeine energische Maßnahmen beseitigt werden kann. —

**Bitterfeld.** Wirtschaft geschlossen. Die am Markte belegene Gastwirtschaft Stadt Berlin ist wegen Verabreichung alkoholischer Getränke an Gefangene auf Anordnung des Generalkommandos bis zum 10. August geschlossen worden. —

**Merseburg.** Ausgabe der Kartoffelmarken. Für das neue Wirtschaftsjahr werden am Sonnabend, 21. Juli, für die Straßen A bis G. am Montag für die Straßen H bis N. am Dienstag für die Straßen O bis Z. vormittags von 8 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr im alten Rathaus, Burgstraße Nr. 1, neue Kartoffelmarken ausgegeben. Die noch im Umlauf befindlichen Kartoffelmarken sind vom 22. Juli ab ungültig und im Meldetermin mit der Stammkarte zurückzugeben. Jeder Haushaltsvorstand hat zu der angegebenen Zeit unter Vorlegung des Lebensmittelheftes persönlich oder schriftlich zu melden: 1. Die Zahl der Mitglieder seines Haushalts, 2. ob und welche Fläche er mit Frühkartoffeln angebaut hat, 3. welchen Ertrag er daraus voraussichtlich erzielt, 4. ob und welche Fläche er mit Spätkartoffeln angebaut hat.

Die Meldung kann auch durch erwachsene Mitglieder des eignen Haushalts erfolgen. Kinder unter 14 Jahren werden grundsätzlich zurückgewiesen. Schwerarbeiter haben die in ihren Händen befindlichen, vom Magistrat ausgefertigten Ausweise oder die bisherige Kartoffelkarte für Schwerarbeiter zur Kontrolle vorzulegen. Wer Frühkartoffeln selbst angebaut hat, erhält für sich und jedes Mitglied seines Haushalts zunächst keine Kartoffelmarken. Wer nur Spätkartoffeln selbst angebaut hat, erhält Kartoffelmarken bis 30. September 1917. —

— Zum Zwecke der Verteilung von Lebensmitteln, die sich nur für Kinder und ältere Leute eignen, haben alle Haushaltungen bei Abholung der Lebensmittel für die laufende Woche, also bis Sonnabend den 21. Juli, ihrem Kaufmann anzuzeigen: 1. die Zahl der Kinder ihres Haushalts bis einschließlich 5 Jahre; 2. die Zahl der Kinder ihres Haushalts vom 6. bis einschließlich 10. Jahre; 3. die Zahl der zum Haushalt gehörigen Personen über 70 Jahre. —

**Merseburg.** Für die Neuorientierung hat sich recht bemerkenswert Pastor Poßner von hier im — Evangelischen Männer- und Jünglingsverein ausgesprochen. Darüber sagt ein Zeitungsbericht: „Er versetzte dem geschiedenen Bethmann-Hollweg durchaus keinen Fußtritt, trotzdem er sich nicht zu seinen Freunden bekannte, weil Bethmann-Hollweg blindlings Vertrauen vom deutschen Volke verlangte und niemand von den 60 bis 70 Millionen Einwohnern angeblich zur Geltung kommen lassen wollte, und weil er das Versprechen der Kriegszielbekanntgabe vor dem Reichstag nicht rechtzeitig eingelöst, dafür aber mit Errichtung des Königreichs Polen als stillschweigend vollzogene Tatsache das Parlament und deutsche Volk überraschte. Hinsichtlich des von Friedrich Wilhem 4. ausgebrüteten Kuckuckseies des preußischen Wahlrechts meint der Redner, daß dasselbe ein trauriges Kapitel in der preußischen Zeitgeschichte bilde und daß es wirklich schwer werde, darüber nicht in Zorn zu geraten. Nachdem wir über 60 Jahre unter diesem Wahlrecht geschmachtet, sei jetzt endlich der kaiserliche Erlaß des allgemeinen, gleichen Wahlrechts herausgekommen. Man dürfe das aber nicht als eine Belohnung oder Belobigung des Volkes für bewiesene Treue ansehen, sondern als ganz selbstverständliches Recht. Pastor Poßner schloß mit der Verlesung eines Artikels von Paul Rohrbach, der acht Tage vor dem kaiserlichen Erlaß erschienen ist und der die Wahlrechtsänderung als unumstößlich notwendig auch zur siegreichen Gewinnung des Krieges bezeichnet. Dem neuen Reichskanzler wolle man gewiß recht viel Vertrauen entgegenbringen; aber er müsse sich dasselbe erst verdienen, so wie sich Hindenburg das Vertrauen des deutschen Volkes in so glänzender Weise verdient habe." Diese Rede hebt sich immerhin wohltuend von vielem andern ab, was sonst gemeinhin kirchliche Vertreter über politische Dinge sagen. Hoffentlich hält das aber auch vor und — verfängt auch bei denen, die zugehört haben, ein wenig. Denn gewöhnlich dreht es sich bei allen solchen Dingen um recht viel Strohfeuer. —

**Wittenberg.** Ein Raubmordversuch ist am Mittwoch verübt worden. Am Nachmittag dieses Tages betrat der etwa 30jährige, hier wohnhafte Arbeiter Paul Scholz das Weißwarengeschäft von Kunze, Schulstraße 30, und kaufte von der im Laden anwesenden 25jährigen Verkäuferin Alma Rühliefe aus der Antoniusmühle bei Wiesigk eine Kleinigkeit. Unter einem nichtigen Vorwand forderte er noch etwas, und als die R. dem Käufer den Rücken zukehrte, sprang er von hinten an sie heran und versetzte ihr mit einem dolchartigen Messer einen Stich in die rechte Halsseite. Sofort drehte sich die Ueberfallene um, griff bei der Abwehr mit der rechten Hand in das offene Messer und rief um Hilfe. Als diese nahte, flüchtete der Mordbube, wurde aber nach scharfer Verfolgung eingeholt und der Gendarmerie übergeben. Der Verhaftete gestand in recht zynischer Weise ein, daß er es nicht auf einen Mord, sondern nur auf Unschädlichmachung der Verkäuferin und auf den Inhalt der Ladenkasse abgesehen gehabt habe. Während der Mordbube dem Gerichtsgefängnis zugeführt wurde, wurde die Schwerverletzte, bei der glücklicherweise keine direkte Lebensgefahr besteht, nach Anlegung eines Notverbandes in das Paul-Gerhardt-Stift eingeliefert. —

## Aus der Parteibewegung.

**Ein Urteil gegen die Bremer Unabhängigen.** Die Bremer Unabhängigen klagten vor der ersten Zivilkammer des Landgerichts Bremen gegen das Bremer Parteigeschäft Schmalfeldt u. Ko. auf Rückgabe eines Darlehens von 30 000 Mark, das die Parteiorganisation einst dem Parteiunternehmen gegeben hatte. Die Klage wurde abgewiesen, und der Vorsitzende Landgerichtspräsident Hobelmann führte in der Urteilsbegründung außer formalen Abweisungsgründen sachlich aus, der Verein, der jetzt das Geld haben wolle, sei nicht identisch mit demjenigen sozialdemokratischen Verein, der einst das Darlehen gegeben habe. Der jetzt klagende Verein habe nicht nur die „Bremer Bürger-Zeitung" als Partei aufgegeben, sondern auch den Anschluß an die allgemeinen sozialdemokratischen Parteien Deutschlands. „Dieser Anschluß war aber", führt die Urteilsbegründung wörtlich fort, „die Grundlage des ehemaligen sozialdemokratischen Vereins, der nach seinen Statuten nach Maßgabe des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die spezielle Parteiorganisation Bremens bildete und dessen Zweck es war, Aufklärung über Grundsätze und Bestrebungen dieser Partei zu verbreiten. Wenn gleichzeitig mit dem Austritt einer bedeutenden Minderheit die Zwecke und Ziele des Vereins so grundlegend geändert wurden, so liegt es nahe, zu sagen, daß damit der bisher bestehende Verein aufgelöst ist und daß auch die (unabhängige) Mehrheit den Verein nicht mehr repräsentiert, selbst wenn sie den Namen des alten Vereins weiterführt." Das Urteil ist gewissermaßen die juristische Formel dafür, daß auffhört Sozialdemokrat zu sein, wer sich von der Organisation der Gesamtpartei loslöst. —

**Stellungnahme zum Parteitag.** In der Provinz Brandenburg ist das Organisationsleben der Partei zwar geschwächt, aber doch zeigen die verschiedenen bisher abgehaltenen Kreisgeneralversammlungen, daß der alte Geist der Liebe und Treue zur Sache des Proletariats die Wunden heilen wird, die der Krieg den Organisationen geschlagen. Einmütig wurde die Haltung der Reichstagsfraktion sowie die ganze Kriegspolitik der Partei mit ihrer erfolgreichen Arbeit für die Idee des Verständigungsfriedens bereits im Beginn des Monats von den Tagungen der Wahlkreisorganisationen Westprieguitz, Ruppin-Templin, Arnswalde-Friedeberg, Kottbus-Spremberg, Kalau-Luckau gebilligt. Unter dem Zeichen der innern Krise standen die Verhandlungen der Kreisorganisationen am Sonntag den 15. Juli für Königsberg-Neumark, Sorau-Forst und Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde. Auch hier war das volle Einverständnis mit der Parteipolitik das Ergebnis der eingehenden Verhandlungen, die in der Forderung gipfelten, im Kampfe für die Kriegsziele der Partei und die Durchführung der innern Reformen in Preußen und im Reiche von allen zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch zu machen. Als Delegierte wurden bisher gewählt: Siering, Boeske, Brückner, Schadow, Barth, R. Schmidt, Paetzel, Sommer und Sailer. —

## Kleine Chronik.

### Mord und Selbstmord eines Postagenten.

Der Postagent und Gastwirt Rohe in Erten bei Winseln erschoß seine zehnjährige Tochter und verübte darauf Selbstmord. Angeblich zerrüttete Wirtschaftsverhältnisse des früher reichen Mannes sind der Grund für die Tat. —

### Hinrichtung in Gießen.

Am Mittwoch wurde in Gießen der vom Schwurgericht wegen Ermordung seines Wärters Arnold in der Zellenstrafanstalt Butzbach zum Tode verurteilte 49jährige Hausdiener Hans v. Bayanow durch den sächsischen Landesscharfrichter Brand mittels Fallbeils hingerichtet.

### Geheimnisvolles Dahinsterben einer Familie.

In Hohenbreden bei Altenbeken verlor der Schuhmacher und Briefbote Joseph Wewer-Bartold, der zurzeit im Felde steht, in kaum acht Tagen vier von seinen Kindern im Alter von 12 bis 2 Jahren. Die Frau liegt im Krankenhaus schwer danieder mit noch drei Kindern, an deren Aufkommen noch gezweifelt wird. Die Ursache der Krankheit wird auf Genuß verdorbener Margarine zurückgeführt, in der die Frau Pfannkuchen gebacken hat. —

### „Die dicken Tannen" im Harz.

Das höchste Harzdorf, Hohegeiß, besitzt in seiner Nähe einen Waldpark, der in Deutschlands Gauen wohl einzig dasteht und seinesgleichen nur im Urwald findet. Es sind die „Dicken Tannen", ein Bestand von Fichten, die in ihren gewaltigen Umfängen den Waldriesen Amerikas gleichkommen. Sie weisen ein Alter von 230 bis 280 Jahren auf. Von den 115 Bäumen haben 9 eine Höhe von 48 Metern, 45 überschreiten die Durchschnittshöhe von 44 Metern. Der stärkste Stamm hat in Brusthöhe 14½ Zentimeter Durchmesser und 28 Festmeter Nutzholzmasse. —


**Nussbaums**

Tage **75** Tage

**beginnen am Sonnabend den 21. Juli.**

125

**Kostproben gratis**
Für die Tafel an Stelle von
**Sahnenkäse**
**Ollin** ¼ Pfund **50 Pfg.**
Zum Backen an Stelle von
**Kuchenquark**
**Kostproben gratis**
Wer probt, lobt die Ia. Qualität!
**Albert Knäusel, Halle-Ammendorf**
Kontor u. Lager: Kl. Ulrichstr. 24a, Telephon 1484
Ware, wenn nicht gefällt, erhalte zurück!

**Sommer- und Lederschuhwaren**
in allen Preislagen und Ausführungen vorteilhaft
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87

Künstliche
**Zähne**
Behandlung kranker Zähne.
Schmerzloses Zahnziehen soweit möglich.
**Hall. Zahn-Heil-Anstalt**
vormals Britannia
Gr. Ulrichstraße 11, 2 Tr.
Fernruf 3866.

**Bad Wittekind**
Heute abend 8 Uhr
— Grosses —
**Militär-Konzert**
ausgeführt von der gesamten aus dem Felde beurlaubten Kapelle des Füsilier-Regiments General-Feldmarschall Graf Blumenthal (Magdeb.) Nr. 36 unter Leitung des kgl. Musikdirektors Ernst Schneider.
Eintrittspreis 35 Pfennig.
Dauerkarten sind gültig.

**Alte Promenade Nr. 11a** Fernruf 5738
**U.T**
**Leipziger Straße Nr. 86** Fernruf 1224

**Das geheimnisvolle Telephon**
Detektiv-Abenteuer d. berühmt. Kelly Brown — 5 Akte —
Vorführung: 4.50, 7.00, 9.10

**Der Todeskuss**
Drama in 3 Akten. Hauptdarsteller: Viktor Sjöström
Vorführung: 5.10, 7.10, 9.20

**Die Angst- u. Sorgenröhre**
urwüchsiger Humor

**Drei fidele Gespenster**
reizendes Lustspiel 126

**Bunte Bilder a. d. Salzkammergut**
herrliche Naturaufnahme

**Der enttäuschte Ordensjäger**
Humoreske


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170720-19/fragment/page=0006